

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

27 (8.7.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 5 / Nr. 27

Freitag, 8. Juli 1949

Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Kommunistischer Vorschlag an die SPD zur Oberbürgermeisterwahl in Mannheim
Angriff auf die Mieten
Vom Fritz Salm, M. d. L.
England in den Fesseln des Marshallplans
Worauf wartet Prof. Erhard noch?
Deutschland muß sich seinen Ost-Westhandel selbst sichern
Jugend im Stadion

Politik westlicher Konzeption sichtbar am Scheitern

Die Wirtschaftskrise reißt Gegensätze im westlichen Lager auf — England am Rande — Westdeutschland unter dem „Status einer Kolonie“ mit im Strudel

Das Dilemma der westlichen Politik wird größer und unlösbarer. Den „Machern“ an den Schalthebelzentralen der westlichen Hauptstädte schwankt der Boden, auf dem sie stehen. Der von uns vorhergesagte Würgegriff der Wirtschaftskrise hat vor der Zitate des Hochkapitalismus, den Vereinigten Staaten nicht Halt gemacht. Der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß in den USA ist Tatsache. Sinkende Produktions- und Absatzziffern, steigende Arbeitslosigkeit, beschwören eine Fülle schwer lösbarer Probleme auf allen Gebieten der Wirtschaft und damit auch im politischen Geschehen herauf.

Am stärksten von allen westlichen Ländern ist Großbritannien von der Krise gepackt. Das Flücken und Leimen, das auf-einen-Nenner-bringen der wirtschaftlichen und politischen Ziele der Westmächte erweist sich als vergebliches Bemühen. Britanien ist der neuralgische Punkt in der Gesamtkonzeption der kapitalistisch-imperialistischen Weltpolitik. England ist das klassische Beispiel für das Scheitern des Marshallplans. Aber nicht allein darin besteht für die USA Gefahr. Der zwischen den USA und England aufgerissene Gegensatz droht den Reifen des Zwanges, der den kapitalistischen Ländern Weg und Ziel ihrer wirtschaftlichen und politischen Operationen als Diktat der USA vorschreiben soll, zu sprengen. Marshallplangelder haben England nicht davon bewahrt, tiefer in die Schwierigkeiten wirtschaftlicher und sozialer Art zu versinken. Von einem Gesundungsprozeß, verursacht durch die berühmte Marshallplanhilfe, kann auf keinem Gebiet in Europa die Rede sein. England sucht Wege außerhalb der Zwangsjacke der amerikanischen Konzeption. Der Handelsvertrag, den es mit Argentinien abschloß, ist eines der Beispiele dafür. Seine verzweifelte Gegenwehr gegen die Abwertung des Pfundes auch.

Die nicht zu meistern wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Marshallplanpolitik führen aber auch zu Gegen-sätzen, zu einem Schwanken und einer un-erkennbaren Unsicherheit im Ablauf des politischen Geschehens. Diese Seite der westlichen Politik hat der sowjetische Außenminister Wjatschinski in einem Interview zum Ergebnis der Pariser Konferenz unterstrichen. Er sagte in diesem, daß es gerade der Fehlschlag des Marshallplans gewesen sei, der die drei Außenminister der Westmächte dazu gezwungen habe, ihren „festen Kurs“, den sie zu Beginn der Konferenz steuern wollten, aufzugeben und sich den Sowjet-vorschlägen anzunähern. Wenn sich der Marshallplan als Erfolg erwiesen hätte, wie sei dann die Tatsache zu erklären, daß der Urheber dieses Planes von seinem Posten als Außenminister entfernt worden ist? Wjatschinski betonte bei dieser Gelegenheit, daß gewisse gegenseitige Zugeständnisse für die Zukunft notwendig seien, die mit den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens vereinbar sind.

Es hat vielen in der westlichen Welt und insbesondere unserer lizenzierten Presse gefallen, diese durch Wjatschinski in Paris und jetzt wieder in seinem Interview vertretene Haltung als Schwäche der Sowjet-Union auszuliegen. Inzwischen dämmert eine bittere Erkenntnis auf. So lesen wir in einem Bericht des „MM“ aus Paris: „Er (Wjatschinski) hat offensichtlich so abwartend verhandelt, weil ihm die katastrophale Lage Großbritanniens und die zunehmenden Krisenzeichen in Amerika bekannt waren und er der Ansicht war, im September in New York einem schwächeren Gegner gegenüber zu stehen.“

Die viel gerühmte Konsolidierung Europas ist den Vereinigten Staaten nicht gegönnt. Es bleibt ein Europa, das trotz Europa-Union, trotz Marshallplanorganisation in sich zerrissen und politisch schwach

ist. Den Vereinigten Staaten ist es nicht gelungen, aus dem westlichen Europa einen Machtfaktor zu machen, der den Macht-schwund im Fernen Osten ausgleichen hätte. Im Fernen Osten ist die Entwicklung eindeutig. Die Stuttgarter „Wirtschafts-zeitung“ stellt in ihrem heutigen Leitartikel fest: Mao Tse-Tung hat diplomatisch schon gesiegt, ehe er das ganze Land in Händen hat. Er ist es, der die Bedingungen für seine völkerrechtliche Anerkennung stellt. Amerika und England kommen ihm mit ihrem Protest gegen die von Nationalchina mit dem Restbestand an Kriegsschiffen verhängte Blockade wenigstens moralisch entgegen. Ostasien scheint langsam mehr in den Mittelpunkt der Weltpolitik zu treten, während Europa, mit Überresten aus der Kriegsschuld belastet, sich mit Problemen quält.

Aber eben mit diesem Europa quält sich auch die USA. Seine Bemühungen dabei zeigen unter anderen Vorzeichen eine Parallellität mit seinen Anstrengungen im Fernen Osten, soweit sie wirtschaftlicher Natur sind. Wirtschaftlich muß die USA auf die Knie gehen. Es dreht sich für sie

dabei darum, die Kosten nach Möglichkeit auf die Partner in Europa abzuwälzen und darum, wie hoch letztlich der Preis sein wird, der an den Osten zu zahlen ist. Die Komplizierung entsteht nicht nur aus den daraus resultierenden wirtschaftlichen Gegensätzen, für die England Zeuge ist, sondern auch daraus, daß mit politischen Druck-mitteln dieser niedrig gehalten werden soll. Das Druckmittel aber ist der Atlantik-Pakt und die Europäische Waffenhilfe. Der Atlantik-Pakt steht im Senat zur Verhandlung, die Waffenhilfe ist fraglicher geworden.

Rüstungsfinanzierung und neue Märkte im Osten sollen die USA Ventil sein für die eigene Krise. Der Unterschied im Operieren zwischen Acheson und Bevin auf der Pariser Konferenz hat einiges verraten. Englands Aussichten im Ringen um die Märkte im Osten sind gegenüber den USA gering. Deshalb von englischer Seite das Hinneigen zur Politik der Drohung und des militärischen Druckes, weil es auf diesem Wege über die Rüstungsfinanzierung und -lieferung mehr zu gewinnen hofft. Darin liegt aber auch der Gegensatz zwischen

USA und England in der Haltung zur deut-schen Frage begründet. Die USA mobilisieren Westdeutschland als „ihre Kolonie“ — die „New York Times“ hat über die so-genannte Charta für die Hohe alliierte Kom-mission, die mit dem Erscheinen des USA Hohen Kommissars McCloy veröffentlicht wurde, vom „Status einer Kolonie mit einer sehr beschränkten Autonomie“ gesprochen — als Operationsbasis ihrer Unternehmungen, mit denen sie den Löwenanteil des europäischen Marktes ergattern wollen. England praktiziert in Westdeutschland wei-ter die Politik der Zerstörung auf dem Wege der Demontage.

Die eine wie die andere Zielrichtung der Politik der Westmächte hat die Zerreißung Deutschlands zur Voraussetzung und bedingt die Verneinung unserer Lebensrechte. Die vielfach im Ausland ausgesprochene Meinung, daß es unter diesen Umständen für das deutsche Volk eine nationale Frage geben wird, trifft ins Schwarze und Befürchtungen, daß diese zur Orientierung und zur Zusammenfassung des deutschen Volkes führen wird, mögen zu Recht bestehen. Wir hoffen es. Willy Grimm

Georgi Dimitroff

Zwei Wochen nach seinem 67. Geburtstag ist Georgi Dimitroff der schweren Krankheit, die ihn seit Monaten ans Krankenlager gefesselt hatte, erlegen. Um diesen großen Sohn eines kleinen Volkes, der zum Lehrer einer ganzen Generation von Revolutionären in der Welt wurde, trauern nicht nur sein Volk und die Kommunisten aller Länder, sondern die gesamte fortschrittliche und friedliebende Menschheit.

Dimitroffs Leben war das reiche, bewegte, aufopferungsvolle Leben des unbeugsamen revolutionären Arbeiterführers, den seine genialen Fähigkeiten, seine Energie und seine Treue zur Sache schon früh in die vordersten Reihen nicht nur der Arbeiterbewegung seiner Heimat, sondern der gesamten internationalen Arbeiterbewegung führten.

Dimitroff wurde als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Seine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung begann er im Alter von 15 Jahren. Mit 18 wurde er Sekretär der Gewerkschaft für Buchdruckerlehrlinge in Sofia, mit 22 Jahren gehörte er bereits zu den führenden bulgarischen Gewerkschaftlern. Im Jahre 1903 wurde Dimitroff Sekretär des revolutionären Flügels der Sozialdemokratischen Partei in Sofia, aus der später die Kommunistische Partei Bulgariens hervorging. Im Jahre 1923 führte Georgi Dimitroff zusammen mit Vassil Kolaroff, dem jetzigen bulgarischen Außenminister, die Arbeiter und Bauern in einem Massenaufstand gegen das durch einen Staatsstreich zur Macht gekommene faschistische Regime. Es gelang Dimitroff, seinen Henkern zu ent-rinnen, die ihn zweimal zum Tode verurteilten. Als Emigrant hielt er sich in den verschiedensten Ländern Europas auf und leitete vom Ausland her die illegale Arbeit der Kommunistischen Partei Bulgariens.

In diese Jahre der Emigration fällt sein großartiges Auftreten im Reichstagsbrand-Prozeß, das ihn zum Symbol des antifaschistischen Kampfes in der ganzen Welt werden ließ. Die faschistischen Henker, die glaubten, in Dimitroff einen namenlosen antifa-schistischen Flüchtling gefunden zu haben, den man ungestraft dieser verbrecherischen antikommunistischen Provokation zum Opfer bringen könnte, sahen sich plötzlich einem der größten Revolutionäre unserer Zeit gegenüber, der den Reichstagsbrand-Prozeß in ein Weltgericht gegen die faschistische Barbarei verwandelte. Sein beispielloser Mut und seine geistige Überlegenheit vor dem Reichsgericht in Leipzig brachten ihm die Bewunderung der ganzen Welt. Sein (Fortsetzung Seite 2)

Das Aufbäumen gequälter Menschen!

Die Opfer aus zwei Kriegen demonstrieren gegen ihre Hungerrente

„Wir wollen eine einheitliche und aus-reichende Versorgung!“ Das war das Leit-motiv der in allen großen Städten der West- zonen am Sonntag durchgeführten Kundge-bungen der Kriegsbeschädigten und Hinter-bliebenen, der Opfer aus zwei Weltkriegen.

Was bisher für diese leidgeprüften Men-schen geschehen ist, ist in einem Maße unzureichend, daß sie, denen es schwer fällt, trotz ihren mannigfaltigen Zonenbe-hinderungen auf die Straße gegangen sind, um gegen das Unrecht, das ihnen angetan wird, Zeugnis abzulegen.

Auch die Demonstration der Kriegsbe-schädigten und Hinterbliebenen in Mann-heim gab dem Ausdruck. Es ist das Auf-bäumen gequälter Menschen gegen die Degradierung zur letzten Klasse in der Ge-sellschaft.

Bei der Kundgebung auf dem Markt-platz forderten die Kriegsbeschädigten, Hinter-bliebenen und Sozialrentner, daß endlich ernst gemacht werde mit der Hilfe für sie. Ein einheitliches Versorgungsrecht, einheit-liche Versorgungsrechtsprechung, eine neue Bundesfürsorgepflichtverordnung und Wie-

derführung einer selbständigen Versor-gungsverwaltung sind ihre Forderungen. Ein Ausnahmegesetz, wie das KB-Leistungs-gesetz bedarf einer schnellen Revision.

In der Rede des Landesverbandsvorsitzenden wurden diese Forderungen formuliert. Er gab ein Bild der sozialen Ungerech-tigkeit, der Opfer des Krieges und der Arbeit ausgesetzt sind. Wer Rentenanspruch hat und sie bezieht, muß in die Lage ver-setzt sein, ohne eine öffentliche Fürsorge auszukommen. Das ist das mindeste Recht, das die Kriegsbeschädigten und Hinterblie-benen beanspruchen können, von einem Staat, „der heute noch ungefähr 2800 Pen-sionen in Höhe von 500 bis 1400 DM im Monat bezahlt. Man kann von diesem Staat, der dazu Geld hat, erwarten, für alle Schwerbeschädigten die Kinderzuschläge nach dem KB-Leistungsgesetz zu zahlen.“

Frau Martin, von der Mannheimer Organi-sation der Kriegsoffer, richtete zum Schluß der Kundgebung einen wirkungsvollen Appell an die Kundgebungsteilnehmer, indem sie vor Augen führte, daß die große Aufgabe der Kriegsoffer nicht allein im

Kampf für die Durchsetzung der unmittel-baren Versorgungsinteressen bestehe, son-derem hervorragend auch darin, teilzuneh-men an dem Kampf für den Frieden. Sie schloß mit den Worten Krieg dem Kriege!

Prof. Erhards Mietpreis-schwindel

Nach einer Umfrage des Mietervereins Groß-Stuttgart und Umgebung beträgt u. a. der Mietanteil, der bei der Firma Daimler-Benz Beschäftigten 18,4 Prozent bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 284,50 DM. Bei den Stuttgarter Straßenbahnen beträgt der prozentuale Anteil bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 233,80 DM im Durchschnitt 23 Prozent. Der von Professor Erhard garantierte Anteil von sieben Prozent dürfte sich nicht einmal bei den etwas günstiger gelagerten Verhältnissen auf dem Lande ergeben. (StZ)

Gorkis „Nachtasyl“ in Mannheims Bunkern Wirklichkeit

Ein Höhlen- und Höllenleben für Erwachsene und Kinder

Ungefähr tausend Menschen bringen ihre Nächte und vielfach ihre Tage in den Bun-tern Mannheims zu. Es ist ein Höllen-leben. Für die Bunkerbewohner ist die „goldene Freiheit des Westens“ in vieler Hinsicht ein schlimmeres Los als es Gefängnisinsassen beschieden ist. Dabei han-delt es sich nicht um schlechthin im Leben gestrandete Menschen, sondern um die Opfer des Krieges und seiner Folgen. Flüchtlinge, Ausgebombte, Heimkehrer, Alleinstehende, wie Familien sind in das Obdach von Betonwänden und Eisentüren ohne Tageslicht und ohne Luft gezwängt. Nichts zeigt das kolossale Ausmaß der Woh-nungsnot und seiner verheerenden Folgen besser, als diese Verhältnisse. Für das In-der-Hölle-sein-dürfen muß Miete bezahlt werden. Diese ist nicht gering und auch — es scheint unverständlich, aber es ist so — zwischen den einzelnen Bunkern recht unterschiedlich.

In den Bunkern hausen nicht nur Er-wachsene, sondern auch Kinder. Ohne Licht und Sonne sind sie verdammt, statt zu wachsen, zu verkümmern, krank zu werden und dahinzusinken. Ein beschämendes Zeugnis unserer Kultur, von der so oft und viel Wesens gemacht wird. Ein Gang durch die Bunker der Stadt Mannheim läßt in vielen Bildern die Szenen lebendig werden, die wir aus Gorkis „Nachtasyl“ kennen.

„Mich schaudert!“

Im Ochsenpferchbunker, Flimmernde Sommerhitze draußen, drinnen Kasematten-luft. Vom grellen Tag da hinein, das ist ein Sturz in die Tiefe. Mich schaudert. Klotzige Wände, einnahm Meter dick, trübes Licht, eine atembeklemmende Luft. Betäubender Küchengeruch, gemischt mit etwas undefinierbarem; schwerer Brodem, genauer gesagt, Gestank. Ein Etwas kommt auf mich zu. Ich kann zunächst nichts erkennen. Es ist ein kleines, blondbezoepfes Mädchen, das an mir vorbei will. „Führe mich zu deiner Mutti!“ Die Kleine schleuft mich die Treppe hoch, den Gang entlang im ersten Stock.

Ein paar Quadratmeter Raum für fünf Menschen

Eine Zelle wie alle anderen, luft- und fensterlos, ein paar Quadratmeter Raum. Hier hausen fünf lebendige Menschen, drei davon sind Kinder. Eine Andeutung von Möbeln und ein paar Holzpritschen ohne Strohsäcke. „Ich will keine Strohsäcke“, sagt die bekümmerte Mutter, „der Bunker ist nämlich total verwanzt. Decken könnte ich brauchen und Kleidung für die Kinder, aber woher nehmen und nicht stehlen? Mein Mann verdient 40,— DM in der Woche und für dieses Loch muß ich allein 31,— DM im Monat bezahlen.“ „Wieviel?“ frage ich zurück. „Ja, einunddreißig Mark.“

Für Zuzug eine Wohnung — für eine Wohnung Zuzug

Nächste Zelle. Ein junger Kraftfahrer. „Traurig“, sagt er, „keine Sonne und keine Luft das ganze Jahr und die Wanzenplage. Ich habe schon im vorigen Jahr auf meinen Urlaub verzichtet, ich werde auch dieses Jahr wieder verzichten, denn während der Arbeitszeit bin ich wenigstens nicht auf den Bunker angewiesen.“

Nächstes Stockwerk. Sechs Menschen sitzen auf den Betten und sehen mich an, als ob ich aus einer anderen Welt käme.

Dicke Luft; mir bricht der Schweiß aus allen Poren. Ein schwindichtiges Kind ist unter den sechs Menschen. „Und Sie bekommen keine Wohnung?“ ist unwillkürlich meine Frage. „Nein, wir haben keinen Zuzug.“ Die Flüchtlingsstelle sagt: bringen Sie uns eine Wohnung; dann bekommen Sie Zuzug und das Wohnungsgeld sagt: bringen Sie uns den Zuzug, dann werden Sie für eine Wohnung registriert.“ Ein Hohn liegt ungewollt in dieser Feststel-lung. Ein Kind verkommt, die Mutter geht von einem Amt zum anderen, sie haust weiter mit ihrer sechsköpfigen Familie in eineinhalb Bunkerlöchern, zahlt dafür 55,— DM im Monat. Jedem Bürger garan-tiert die Verfassung, so erinnere ich mich, eine Wohnung.

„... das macht einem verrückt.“

Ganz unten treffe ich auf einen Transpor-tarbeiter mit vierköpfiger Familie in trauriger Nachbarschaft mit dem Klosett. Das 11jährige Töchterchen ist unternährt und wiegt 41 Pfund. „Schlafen kann man hier nicht“, sagt der Mann. „Wenn wir die Türen zumachen, erstickt man hier und wenn wir sie offen lassen, kommen wir vor Gestank um. Die ersten Nächte haben wir hier überhaupt nicht geschlafen. Und den ganzen Tag das künstliche Licht, das macht einem verrückt.“

Das Bunkerelend und eine seelische Erbauung

So und ähnlich hausen 40 Familien hier, darunter 25 Kinder, Flüchtlinge und Ausgebombte, hinter jeder Tür ein anderes Bild des Elends. Ein Blick in die Runde. Die Gänge sind schmutzig, die Klosetts in einem unbeschreiblichen Zustand. Der Ochsenpferchbunker untersteht der Gemein-nützigen Baugesellschaft.

Ich erfahre noch, daß Caritas und Innere Mission schon da waren. Alles ist beim alten geblieben bis auf die Tatsache, daß der evangelische Kirchenchor einmal zur seelischen Erbauung ein geistlich Abend-lied gesungen hat.

Luisenbunker unter „Rotem Kreuz“

Mir fällt als erstes die Hausordnung auf. Eine Blütenlese in militärischem Deutsch. „Entlassene Kriegsgefangene mit Entlassungsdauer über 30 Tage, ohne Arbeit, werden nicht angenommen.“ „Frauen dürfen den Bunker nicht betreten.“ Es ist offenbar nicht so, als ob man kein Gefühl für die „Sittlichkeit“ hätte, aber

wir denken an Erich Kästners „Nutzanwen-dung der Gefühle“, die hier also nicht er-laubt ist.

Ein penetranter Chlorgeruch, gegen den die besten Parfüms unserer westlichen Kulturwelt machtlos sind, schlägt entgegen. Der massive „Käfig“ beherbergt als „Dauer-mieter“ 150 Arbeiter, die wöchentlich für ihre Pritsche vier Mark zahlen. Je drei bis fünf Mann sind in der Zelle, die „Durch-reisenden“ nicht gerechnet, die jede Nacht die Gemeinschaftszellen bevölkern und 80 Pfennig für die Schlafgelegenheit ohne Decke zahlen müssen. Der Zustand dieser Gemeinschaftszellen spottet jeder Beschrei-bung. Die Strohsäcke sind buchstäblich mit Dreck gefüllt und verlaust, von einem trüben Armenhaushalt beleuchtet, ein Bild, das die Szenen aus Gorkis „Nachtasyl“ noch zu übertreffen scheint. Man hat es fertig gebracht, in diesem verlausten Stall (Zelle 16) noch zwei ausgebombte Mann-heimer Arbeiter, die beide in Arbeit ste-hen, hineinzustecken.

Ein Beinamputierter

Seit fünf Monaten liegt hier ein Bein-amputierter. Sein einziges Bein ist nicht mehr heil, es ist über und über mit Wun-den bedeckt, dem Augenschein nach ist es an Phlegmone erkrankt. Er ist ohne ärzt-liche Behandlung. Das Fürsorgeamt gibt ihm nun endlich eine wöchentliche Unter-stützung von 10,— DM.

„Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an“

Ich stolpere die Treppe des Tiefbunkers auf dem Marktplatz der Neckarstadt hin-unter und werde gleich im Dunkel von einem „höflichen Zerberus“ abgefangen. Aber ich sehe auch dort mir die Verhält-nisse an. Die Zellen sind so winzig, wie Waben in einem Bienenkorb, 2,20 m im Geviert. In diesen kleinen Katakomben be-finden sich in der Hauptsache Jugendliche von 18 bis 25 Jahren. Neubürger wie in allen Bunkern, auch ein paar Verheiratete sind darunter. Ihre Familien leben irgend-wo in einem Odenwaldorf. Für diese „Be-hausung“, gegen die eine Gefängniszelle eine komfortable Angelegenheit ist, wird pro Bett ohne Decke 20 Mark im Monat bezahlt. Auch zwei Familien mit je einem Kind sind hier, zu dreien in einem Geiß, das die Größe einer Speisekammer hat. Wahrhaftig: der Menschheit ganzer Jam-mer faßt einem an. — m —

Im Streiflicht gesehen

Totale Mobilmachung in den USA gefordert

Der USA-Regierung wurde von Bernhard Baruch, dem Vorsitzenden der amerikanischen Atomkommission, dem Industriellen und Poli-tiker, vorgeworfen, daß sie über keinen fertigen Plan der totalen Mobilmachung verfüge, der bei Ausbruch eines neuen Krieges sofort wirksam werden könnte.

Aus den USA wird berichtet, daß eine Art Serienproduktion von Atombomben aufgenom-men wurde. Die Fabrik befindet sich in der Nähe Washingtons.

Es wäre viel mehr, wenn...

Auf Anweisung der Militärregierung wur-den, wie aus Frankfurt berichtet wird, der Wiederaufbau von dem Konto des DM-Gegenwertfonds der amerikanischen Hilfsle-fierung 80 Millionen DM für den Arbeiterwoh-nungsbau durch die Militärregierung über-wiesen. 90 Millionen DM waren von deutschen Stellen dafür gefordert worden.

Auf Württemberg-Baden entfallen von die-sen 80 Millionen 7,82 Millionen DM.

Noch nicht genug Verbrauchssteuern!

CDU und SPD haben im Augsburger Stadt-rat gemeinsam die Einführung einer Speiseeis-steuer von 10 Prozent auf den Kleinverkaufs-preis beschlossen. Die Steuer soll von den Ver-käufer getragen werden. Eine schlechte Be-mäntelung für die antisoziale Einstellung der Schöpfer der Steuer, denn wo in aller Welt ist es einmal anders gewesen, als daß die Ver-käufer die Steuern in irgendeiner Form dem Konsumenten aufgebürdet haben.

Er hätte dabei kein Glück

In der vergangenen Woche sind Dr. Schacht Vorträge, die er im zeitungswissenschaftlichen Kreis Göttingens halten wollte, verboten wor-den. Er beteuerte gegenüber der Presse, daß er mit seinen Vorträgen keine Geschäfte machen wolle, er hätte gratis gesprochen und wäre auch bereit, vor Kommunisten zu sprechen. „Wir glauben ihm das Letztere, können allerdings versichern, daß er bei den Kommunisten kein Glück gehabt hätte.“

Handel zwischen Westzonen und Polen

Polen und England haben ein neues Han-dels- und Zahlungsabkommen über den Waren-austausch zwischen den Westzonen und Polen im Werte von 35 Millionen Dollar abgeschlos-sen. Das Handelsabkommen sieht in erster Linie den Austausch zwischen landwirtschaft-lichen Produkten, Holz, Papier gegen fein-mechanische und optische Erzeugnisse, Metall-waren, Farben und Chemikalien vor.

(Fortsetzung von Seite 1)

Auftreten wurde zum Fanal der illegalen antifaschistischen Bewegung in Deutschland. Es wird für immer unvergesslich bleiben, wie Dimitroff am ersten Tage des Prozesses, bei den ersten Sätzen des Vorsitzenden, als die Namen der Angeklagten und ihrer Verteidiger verlesen wurden, ihn unterbrach und mit fester Stimme in sauberen, mit dem harten slawischen Akzent gesprochenen Deutsch rief: „Ich verteidige mich selbst“, und wie er später den ihm ohnmächtiger Wut schnaubenden Göring seine messerscharfen, beißenden Fragen entgegenschleuderte, und rief: „Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?“

Wer, wie der Verfasser dieses Aufsatzes, in jenen Tagen Gelegenheit hatte, im Leipziger Untersuchungsgefängnis mit Dimitroff zusammenzutreffen, der weiß um die unglaubliche Kraft, die von diesem Menschen ausstrahlte. Die Quellen, aus denen Dimitroff diese Kraft schöpfte, waren seine tiefe Kenntnis des Marxismus-Leninismus und sein unbeugsames Vertrauen auf den Sieg der gerechten Sache der arbeitenden Menschheit. Seiner Entlarvung der faschistischen Brandstifter und dem gewaltigen Widerhall, das sein Auftreten in der Welt gefunden hatte, war es zuzuschreiben, daß die faschistischen Gewaltthäter Dimitroff freigaben und ihn in die Sowjetunion reisen lassen mußten. Von 1935 bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1943 war Dimitroff Generalsekretär der Kommunistischen Internationale. Auf dem 7. Weltkongreß entwickelte er die Politik der Einheits- und Volksfront gegen Faschismus und Krieg, die für die Arbeiterklasse der ganzen Welt die Lehren aus der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung zog und den Weg zur Verhinderung der faschistischen Diktatur in anderen europäischen Ländern sowie zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges zeigte.

Während des zweiten Weltkrieges schufen die bulgarischen Kommunisten unter seiner Leitung eine breite nationale Widerstandsbewegung, die den zweiten großen Aufstand vom September 1944 organisierte und mit Hilfe der Roten Armee das faschistische Regime stürzte. 1945 kehrte Dimitroff in seine Heimat zurück und leitete von da an den Wiederaufbau seines Landes und dessen Entwicklung zu einer festgefügt, rasch vorwärtstrebenden Volksdemokratie. Seit November 1946 war Dimitroff Präsident der bulgarischen Volksrepublik.

Dimitroffs Name wird unvergessen bleiben. Am besten ehren wir sein Andenken, indem wir seine richtungsweisenden Reden über Einheits- und Volksfront und seinen bedeutenden Bericht auf dem 5. Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens im Dezember 1948 studieren, und indem wir in seinem Geiste unser eigenes Volk in den Kampf um seine nationale Souveränität und eine glückliche Zukunft führen. J. Sch.

Wallstreet sucht Osthandel

Die New Yorker Zeitung „Wallstreet Journal“, das offizielle Organ amerikanischer Finanzkreise, schreibt am Donnerstag: „Es liegt klar auf der Hand, daß die Sowjets nicht die Absicht haben, durch einen Angriff auf Westeuropa die Vorrangstellung zu erlangen. Die Politik des amerikanischen Außenministeriums ist rein negativ und nichts anderes als eine Politik der Verzweiflung.“

Diese Stellungnahme hat in New Yorker UNO-Kreisen erhebliches Aufsehen erregt, weil man darin ein Anzeichen für einen Stimmungsumschwung amerikanischer Finanzkreise zu erkennen glaubt.

In dem Artikel, der von Joseph E. Evans gezeichnet ist, heißt es: „Obwohl die Pariser Konferenz nicht zu einer Einigung über Deutschland gekommen ist, hat sie doch gezeigt, daß die Sowjets durch eine freundschaftliche Haltung das Gelände sondieren wollten.“ Die New Yorker Zeitung wendet sich dann gegen die These, nach der die Westmächte über eine so starke Militärmacht verfügen müßten.

Die Zeitung stellt fest, daß auch wirtschaftliche Sanktionen durch die Westmächte eine Angriffspolitik darstellen und eine glatte Diskriminierung bedeuten würden. Man müsse den Gedanken aufgeben, zunächst eine geschlossene amerikanisch-westeuropäische Wirtschaft aufzubauen und erst dann zum freien Handelsverkehr überzugehen. Wenn der Handel zwischen Osteuropa und Westeuropa nicht wieder belebt wird, werden die Vereinigten Staaten Europa bis ans Ende ihrer Tage unterstützen müssen, und der Marshallplan wird scheitern.

Dieser Artikel hat in Washington fast dieselbe Sensation ausgelöst wie das berühmte Interview Stalins mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury Smith.

„Korruption großen Stiles“ in West-Berlin
1,2 Milliarden Defizit bedeutet pro Lebenden in der Westzone im Monat 40 DM Belastung

Großes Aufsehen hat eine sehr scharfe Kritik an dem Westberliner Magistrat wegen Verschwendung von städtischen Geldern erregt. Die Kritik, die von einem hohen Beamten der amerikanischen Militärregierung erhoben worden sein soll, wurde durch einen Artikel des amerikanischen Journalisten Ernest Leiser bekannt.

„Nur Korruption im großen Stil“ könne das Defizit von 1,2 Mrd. Mark, das jährlich in Berlin entsteht, erklären. In jedem Monat bedeute das 40 DM für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in den Westsektoren. Fast 60 Prozent des monatlichen Defizits wurden durch die britische und amerikanische Militärregierung aus Mitteln gedeckt, die aus amerikanischen Lebensmittellieferungen an die Westzonen stammten. Die restlichen 40 Mill. DM wurden von den westdeutschen Ländern, d. h. den Steuerzahlern der Bizone aufgebracht.

Der sozialdemokratischen Stadtverwaltung des „antikommunistischen Regimes“ in Westberlin, die von den westlichen Besatzungsbehörden in Berlin als ein wirklich „politischer Alliiertes“ betrachtet wird, wird vorgeworfen, die Arbeiter zu betrügen, die für sie gestimmt haben.

Es ist offenkundig wohin die Spitze zielt. Die Berliner sozialdemokratischen Führer aber, die sich nicht genug tun konnten, eine noch amerikanischere Politik als die Amerikaner zu machen, ernten mit solchen Fußtritten die Früchte ihrer antikommunistischen Politik.

Statut der „Alliierten Hohen Kommission“
10 Artikel als Ergänzung des Besatzungsstatutes

Bonn. (Eig.-Ber.) Nach Veröffentlichung des Statuts der Alliierten Hohen Kommission, das alle alliierten Machtbefugnisse auf die Hohen Kommissare überträgt, liegen jetzt Einzelheiten zu diesem Statut vor.

Das Statut stellt eine Ergänzung zum Besatzungsstatut dar. Die ersten drei des zehnten Artikel umfassenden Ergänzungsstatuts umreißen die Aufgaben und die Organisation der Hohen Kommission.

Die Artikel 4 bis 6 regeln die durch die Landeskommissare auszuführenden Funktionen, grenzen die persönlichen Verantwortungsbereiche der Hohen Kommissare ab und bestimmen die formelle Bekanntgabe und Uebermittlung der gefaßten Beschlüsse.

Artikel 7 bestimmt, daß die Hohen Kommissare alle notwendigen Maßnahmen ergreifen sollen, um Artikel 22 des Abkommens vom 23. April 1949, der die Konstituierung einer internationalen Ruhrbehörde vorsieht, zu realisieren.

Artikel 8 legt fest, daß die Verbindungen mit den Regierungen anderer, besonders interessierter Staaten durch ausländische Missionen gesichert wird, die dem Rat beigegeben werden und die auch zu seinen untergeordneten Organen sowie zur deutschen Regierung Zutritt haben sollen.

Artikel 9 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 11 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 12 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 13 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 14 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 15 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 16 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 17 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 18 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 19 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 20 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 21 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 22 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 23 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 24 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 25 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 26 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 27 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 28 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 29 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 30 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Großes Aufsehen hat eine sehr scharfe Kritik an dem Westberliner Magistrat wegen Verschwendung von städtischen Geldern erregt. Die Kritik, die von einem hohen Beamten der amerikanischen Militärregierung erhoben worden sein soll, wurde durch einen Artikel des amerikanischen Journalisten Ernest Leiser bekannt.

„Nur Korruption im großen Stil“ könne das Defizit von 1,2 Mrd. Mark, das jährlich in Berlin entsteht, erklären. In jedem Monat bedeute das 40 DM für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in den Westsektoren. Fast 60 Prozent des monatlichen Defizits wurden durch die britische und amerikanische Militärregierung aus Mitteln gedeckt, die aus amerikanischen Lebensmittellieferungen an die Westzonen stammten. Die restlichen 40 Mill. DM wurden von den westdeutschen Ländern, d. h. den Steuerzahlern der Bizone aufgebracht.

Der sozialdemokratischen Stadtverwaltung des „antikommunistischen Regimes“ in Westberlin, die von den westlichen Besatzungsbehörden in Berlin als ein wirklich „politischer Alliiertes“ betrachtet wird, wird vorgeworfen, die Arbeiter zu betrügen, die für sie gestimmt haben.

Es ist offenkundig wohin die Spitze zielt. Die Berliner sozialdemokratischen Führer aber, die sich nicht genug tun konnten, eine noch amerikanischere Politik als die Amerikaner zu machen, ernten mit solchen Fußtritten die Früchte ihrer antikommunistischen Politik.

Statut der „Alliierten Hohen Kommission“
10 Artikel als Ergänzung des Besatzungsstatutes

Bonn. (Eig.-Ber.) Nach Veröffentlichung des Statuts der Alliierten Hohen Kommission, das alle alliierten Machtbefugnisse auf die Hohen Kommissare überträgt, liegen jetzt Einzelheiten zu diesem Statut vor.

Das Statut stellt eine Ergänzung zum Besatzungsstatut dar. Die ersten drei des zehnten Artikel umfassenden Ergänzungsstatuts umreißen die Aufgaben und die Organisation der Hohen Kommission.

Die Artikel 4 bis 6 regeln die durch die Landeskommissare auszuführenden Funktionen, grenzen die persönlichen Verantwortungsbereiche der Hohen Kommissare ab und bestimmen die formelle Bekanntgabe und Uebermittlung der gefaßten Beschlüsse.

Artikel 7 bestimmt, daß die Hohen Kommissare alle notwendigen Maßnahmen ergreifen sollen, um Artikel 22 des Abkommens vom 23. April 1949, der die Konstituierung einer internationalen Ruhrbehörde vorsieht, zu realisieren.

Artikel 8 legt fest, daß die Verbindungen mit den Regierungen anderer, besonders interessierter Staaten durch ausländische Missionen gesichert wird, die dem Rat beigegeben werden und die auch zu seinen untergeordneten Organen sowie zur deutschen Regierung Zutritt haben sollen.

Artikel 9 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 10 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 11 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 12 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 13 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 14 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 15 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 16 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 17 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 18 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 19 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 20 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 21 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 22 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 23 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 24 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 25 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 26 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 27 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 28 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 29 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 30 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 31 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 32 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 33 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 34 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Artikel 35 bestimmt, daß Organisationen der Vereinten Nationen sowie „andere Organisationen mit Sonderaufgaben“ unter Bedingungen, die mit dem Rat zu vereinbaren sind, in der deutschen Bundesrepublik arbeiten können. Durch Artikel 10 werden alle amtlichen Sprachen der Hohen Kommission Englisch und Französisch festgelegt. Nur so weit notwendig, soll für beglaubigte deutsche Texte gesorgt werden.

Randbemerkungen

Zweimal Streik
In Australien wurde in aller Eile von beiden Häusern des Parlaments eine Notverordnung beschlossen, nach der rückwirkend sämtliche Guthaben der Gewerkschaften gesperrt sind. Damit soll der australische Bergarbeiterstreik unmöglich gemacht werden. 40.000 australische Pfund, die bereits an die 23.000 streikenden Kohlenbergleute ausgezahlt wurden, werden von der Berg- und Stahlarbeitergewerkschaft zurückgefordert. So sieht die Reaktion einer bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung auf einen Streik der Arbeiter um Lohnerhöhung aus. Den Berliner UGO-Streik hat die westliche „Demokratie“ bejubelt und es wurden — allerdings auf unsere westdeutschen Kosten — Millionen um Millionen an die UGO-Krieger in Berlin als Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Unverständlich? Durchaus nicht. In Australien streiken die Bergarbeiter für ihre berechtigten Lebensinteressen, der Berliner UGO-Streik aber diene dem reaktionären Pack in Deutschland und der Weltreaktion. Das erklärt alles. Es liegt den Engländern sehr am Herzen —

„Blomh & Voß“, die große deutsche Werft in Hamburg, wird seit dem 1. Februar 1948 demontiert. Sie hat zwar nicht auf der Liste der Rüstungsbetriebe gestanden, aber trotzdem wird sie zerstört. Nichts kennzeichnet den Widersinn der Demontage und die Unvernunft, die dabei waltet besser, als das Beispiel Bloom und Voß. Die Engländer haben rücksichtslos ihren Daumen auf der deutschen Wirtschaft. Sie darf nicht wiederhergestellt werden, sie darf keinen Gesundungsprozeß durchlaufen. Die Konkurrenzdemontage muß durchgeführt werden. Neben den vielen anderen Demontagen liegt ein zerstörter Schiffsbau den Engländern natürlich sehr am Herzen. Die brauchbarsten Werkzeuge werden verschrottet. Ein Turmdrehkran und drei Dockkräne verfallen jetzt diesem Schicksal. Eine in Westdeutschland demontierte schwere Presse, die von Bloom und Voß verschifft werden sollte, wurde gleichfalls verschrottet.

Die Erbitterung unter den arbeitssuchenden Arbeitern und Angestellten der Werft ist groß. Soll sie in Deutschland weniger groß sein, wenn so sichtbar unsere Lebensgrundlagen vernichtet werden?

Was wir den Launen Dr. Schumachers verdanken!
Die westdeutsche Presse ist über die Formen, die die Eröffnung des Wahlkampfes zeigten, schockiert. Die CDU beschuldigt Dr. Schumacher, den Vorsitzenden der SPD, daß er es Hitler gleich tun möchte. Dr. Schumacher hat die katholische Kirche als 5. Besatzungsmacht bezeichnet. Das Rennen um die Wählerschaft hat beide Lager in der Wahl der Mittel recht skrupellos gezeigt. Für Moralitäten genügend Grund, wann denn der Zeigefinger zu erheben.

Uns fällt dabei etwas anderes auf, das der besorgten Lizenzierenden Presse entgangen ist. Dr. Schumacher versichert, nicht die Absicht zu haben, sich als Bundespräsident oder Bundeskanzler des Separatstaates Westdeutschland zu bewerben. Das zeugt von Klugheit, denn bekanntlich verteilt man das Fell des Bären erst, wenn man es hat. Die Begründung, die er aber gibt, ist recht aufschlußreich. Daß er keine Aspirationen habe, „gehe schon daraus hervor, daß die SPD in Bonn darauf bestanden habe, dem Parlament und nicht dem Bundeskanzler das entscheidende Schwergewicht zu geben.“ Können wir in Westdeutschland doch froh sein, daß Dr. Schumacher noch nicht die Zeit für gekommen hält, die Hand nach der Palme auszustrecken. Die Verfassung des westdeutschen Separatstaates hätte dann anders ausgesehen. Sind wir froh ob der Laune Dr. Schumachers, die verhindert, daß die Züge der Verfassung nicht autoritärer geworden sind und das Gewicht beim Parlament geblieben ist. Verfassungsmacherei scheint unter kolonialen Auspizien etwas vom Glücksspiel zu haben, bei dem Launen die Treffer sind.

Aber es ist noch nicht aller Tage Abend. Dr. Schumacher versichert, daß bei Einreten einer Notzeit er nicht zurückstehen würde, in die Bresche zu springen. Nicht schlecht gedacht! Dr. Schumacher präpariert sich, als Retter zu kommen. Wir haben keinen Zweifel, daß es in Deutschland von Tag zu Tag mehr zu retten geben wird, wir bezweifeln nur, daß in der amerikanischen Konzeption Dr. Schumachers das Rezept zur Rettung liegen wird.

Bevin in den Fußtapfen Churchills
Die britische Labourregierung, voren ihr Außenminister Bevin ist der rücksichtslose Einseitiger der Demontagen in Westdeutschland. Alle Bemühungen deutscherseits, sie abzumildern, sind vergeblich. Die Intervention des rheinisch-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, die August-Thyssen-Hütte von der Demontage auszunehmen und für ein europäisches Jugendwerk zur Verfügung zu stellen, wurden brüsk abgelehnt. Arnold meinte über Bevin, daß dieser „Anzeichen einer befremdlichen Gestalt“ zeige. Der Vorsitzende der deutschen Bergarbeiter, August Schmidt, SPD, äußerte über seinen sozialdemokratischen Außenminister-Genossen, daß er „noch allzusehr vom Krieg und seinen Folgen befangen sei“. Bei dieser Gelegenheit gesteht man es einmal ein, daß der Labour-Außenminister getreu in den Fußtapfen des Kriegsbetreibers Churchill weiterrückt. Die Demontagepolitik Bevins ist aber nur ein Ausschnitt aus der gesamten Politik der Labourregierung. Warum ihre Haltung in Paris? Warum das Torpedieren des Potsdamer Abkommens? Einer der Gründe besteht in dem Offenhalten der Möglichkeit weiterer Demontagen, die ja nach dem Potsdamer Abkommen mit dem Jahre 1947 abgeschlossen sein müßten.

Unglück bringende Sterne
In Vietnam hat die französische Regierung Kaiser Bao-Dai wieder auf den Thron gesetzt. In der Erwartung, daß es sich um „Einheimischen“ besser regieren lasse, als wenn der französische Hohe Kommissar allein die Macht repräsentiert. Es ist zwar nur ein Scheitern, das geobten wird, doch macht seine Aufführung auch Schwierigkeiten. Die Kabinetsbildung ging nicht reibungslos vonstatten. Allen Ernstes wurde diese damit begründet, daß die Gestirne daran schuld seien, die äußerst ungünstig stünden, aber die Gestirnekonstellation soll in Bälde besser werden. Eine gute Aussicht, doch noch glückliche eine Regierung bilden zu können.

Man darf die ungünstigen Sterne, die den von Frankreich ausgehenden Marionetten in Vietnam das Leben schwer machen, nicht am Firmament suchen. Die „Unglück bringenden Sterne“ sind der des neuen Chinas und in Vietnam selbst der von Ho-Schin-Minh. des erfolgreichen Führers des nationalrevolutionären Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes.

Wieder Lynch-Justiz in USA
Georgia genießt den nicht beneidenswerten Ruf, der Platz zu sein, an dem zum ersten Mal im Jahre 1949 (im Dorf Irwinton im vergangenen Mai) gelyncht wurde. Es kamen dort auch im Jahre 1948 zwei Fälle von Lynch-Justiz vor. Im Nachbarstaat Alabama gab es ähnliche Unruhen. Es wurde dreimal in einer Woche von Ueberfällen und Schlägereien berichtet, die von verkleideten Terroristen durchgeführt wurden und sogar in der Stadt Birmingham wurde das Feuerkreuz verbrannt.

Beides nicht gleichzeitig möglich
Die Lehre aus dem Berliner Eisenbahnstreik ist einfach genug. Die Westmächte müssen entweder den Kampf um Berlin mit allen in ihrer Macht liegenden Mitteln fortsetzen oder sie müssen versuchen, einen modus vivendi mit den russischen Behörden auszuverhandeln. Beides gleichzeitig zu tun, ist unmöglich. Solange eine Möglichkeit besteht, zu einem Abkommen zu gelangen, ist es notwendig, so widerstrebend dies auch sein mag, die Begeisterung deutscher Demokraten zu zügeln, die natürlich dem Beispiel der Besatzungsmächte folgen und danach trachten, jede Meinungsverschiedenheit zu einem politischen Kampf ausarten zu lassen.

Das Originalwerk Churchills
Wenn Churchill, der sich immer auf dem Kriegspfad gegen die Sowjetunion befindet, sich eine Ruhepause gönnt, widmet er sich der edlen Malkunst. Wie AP meldet, hat er in London eines seiner Bilder „The Blue Room“ (Das blaue Zimmer) für 5250 Dollar verkauft. Den künstlerischen Wert dieses Werkes können wir nicht beurteilen, da wir es nicht kennen, aber Churchill ist uns seit seiner Fäultoner Rede als „Historienmaler“ bekannt. „Der eiserne Vorhang“ ist ein Originalwerk des alten Kriegstreibers.

Die Berliner haben Grund, freundlich, wachsam und skeptisch zu beobachten, welche Gestalt das westdeutsche Geschenk annimmt. „Telegraf, Berlin“

Das Originalwerk Churchills
Wenn Churchill, der sich immer auf dem Kriegspfad gegen die Sowjetunion befindet, sich eine Ruhepause gönnt, widmet er sich der edlen Malkunst. Wie AP meldet, hat er in London eines seiner Bilder „The Blue Room“ (Das blaue Zimmer) für 5250 Dollar verkauft. Den künstlerischen Wert dieses Werkes können wir nicht beurteilen, da wir es nicht kennen, aber Churchill ist uns seit seiner Fäultoner Rede als „Historienmaler“ bekannt. „Der eiserne Vorhang“ ist ein Originalwerk des alten Kriegstreibers.

Die Berliner haben Grund, freundlich, wachsam und skeptisch zu beobachten, welche Gestalt das westdeutsche Geschenk annimmt. „Telegraf, Berlin“

Das Originalwerk Churchills
Wenn Churchill, der sich immer auf dem Kriegspfad gegen die Sowjetunion befindet, sich eine Ruhepause gönnt, widmet er sich der edlen Malkunst. Wie AP meldet, hat er in London eines seiner Bilder „The Blue Room“ (Das blaue Zimmer) für 5250 Dollar verkauft. Den künstlerischen Wert dieses Werkes können wir nicht beurteilen, da wir es nicht kennen, aber Churchill ist uns seit seiner Fäultoner Rede als „Historienmaler“ bekannt. „Der eiserne Vorhang“ ist ein Originalwerk des alten Kriegstreibers.

Die Berliner haben Grund, freundlich, wachsam und skeptisch zu beobachten, welche Gestalt das westdeutsche Geschenk annimmt. „Telegraf, Berlin“

Das Originalwerk Churchills
Wenn Churchill, der sich immer auf dem Kriegspfad gegen die Sowjetunion befindet, sich eine Ruhepause gönnt, widmet er sich der edlen Malkunst. Wie AP meldet, hat er in London eines seiner Bilder „The Blue Room“ (Das blaue Zimmer) für 5250 Dollar verkauft. Den künstlerischen Wert dieses Werkes können wir nicht beurteilen, da wir es nicht kennen, aber Churchill ist uns seit seiner Fäultoner Rede als „Historienmaler“ bekannt. „Der eiserne Vorhang“ ist ein Originalwerk des alten Kriegstreibers.

Die Berliner haben Grund, freundlich, wachsam und skeptisch zu beobachten, welche Gestalt das westdeutsche Geschenk annimmt. „Telegraf, Berlin“

Das Originalwerk Churchills
Wenn Churchill, der sich immer auf dem Kriegspfad gegen die Sowjetunion befindet, sich eine Ruhe

Der politisch Bewährte

Wirtschaftsführer Kandidat der DVP zur Bundestagswahl im Landkreis Mannheim

Die DVP hat, wie sie selbst berichtet, einstimmig beschlossen, für den Landkreis Mannheim als Kandidaten zur Wahl zum Bundestag den Lederindustriellen Richard Freudenberg (Weinheim) aufzustellen.

Zunächst die Feststellung, daß ein Spiel mit verteilten Rollen getrieben wird. Die politische Bewährung Richard Freudenbergs im Dritten Reich war so hervorragend, daß nach 1945 die DVP dieser nicht tragarb erschien.

Die Partei der Persönlichkeiten, die DVP, hat sich im Landkreis Mannheim hart getan, den Geeigneten zu finden, der für sie kandidieren konnte.

Richard Freudenberg hat sich als Unternehmer in jeder Lage bewährt und auch heute mit seiner Kandidatur für die DVP legt er erneut eine Probe dafür ab.

Ausgerechnet Bananen

Heidelberg. Die grünen Bananen müssen erst gelb werden. Darum hängen die „Langerschoten“, die als erste Sendung aus dem Bereich der kleinen Äntlein in Heidelberg ankamen, in gebelzten Räumen, um nachträglich in Deutschland zu reifen.

Ein Gesetz dafür ist da, aber...

Das Ministerium für politische Befreiung in Württemberg-Baden ist sehr rührig. Seine Ministerialabteilung in Baden auch, denn vor kurzem rief es 20 ehemalige Spruchkammermitarbeiter in Mannheim zu einer Protestversammlung auf, damit endlich das Gesetz Nr. 917 verwirklicht werde.

Man hatte alle entscheidenden Behörden eingeladen, die zur Unterbringung der Spruchkammermitarbeiter in Frage kommen. Anwesend waren jedoch nur die Mannheimer Stadtverwaltung, das Landratsamt und die Gewerkschaft.

Der Gewerkschaftsvertreter verglich die Behandlung der Spruchkammermitarbeiter mit der der politisch Verfolgten, die ja auch immer noch auf die Wiedergutmachung und die Haftentschädigung warten.

Kommunistischer Vorschlag an die SPD zur Oberbürgermeisterwahl in Mannheim

Gemeinsamer Kandidat unter Abgrenzung gegen CDU auf der Grundlage eines Minimal-Programms

Die Kreisleitung der Kommunistischen Partei Mannheims hat in einem Brief dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei vorgeschlagen, die Wahl für den neuen Oberbürgermeister auf der gleichen politischen Grundlage durchzuführen, die im vergangenen Jahr bei der Wahl Dr. Cahn-Garniers maßgebend gewesen ist.

Werte Genossen! Zur Wahl des Oberbürgermeisters in Mannheim schlagen wir Euch vor, wie bei der Wahl im vergangenen Jahr einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.

genden Mehrheit zu unseren Parteien bekenne Mannheim Bevölkerung mit der Neuwahl des Oberbürgermeisters die berechnete Erwartung verbindet, daß die beschrittene Bahn in der Mannheimer Gemeindepolitik fortgesetzt wird.

in Mannheim in großer Masse Bunker-, Keller- und Gartenhausbewohner gibt. Aus diesen Wohnverhältnissen entstehenden gesundheitlichen Schäden, insbesondere bei den Kindern, sind erschreckend im Steigen.

Karlsruher CDU-SPD-Arbeitsgemeinschaft demonstriert „Demokratie“

Der Kampf der kommunistischen Stadtratsfraktion gegen die Dunkelkammerpolitik des Oberbürgermeisters

In der letzten Sitzung des Karlsruher Stadtrates kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Oberbürgermeister und der KPD-Fraktion.

Gegen das Behalten der für die Bürgerschaft wichtigsten Fragen in nicht öffentlichen Sitzungen macht sich in der Öffentlichkeit eine starke Gegenströmung bemerkbar.

geführt. Die Kommunistische Partei ist dazu übergegangen, in öffentlichen Foren die Karlsruher Bürgerschaft über die interessierenden Kommunalfragen zu unterrichten und gibt dieser die Möglichkeit zur Diskussion und Kritik.

Die letzte Sitzung des Karlsruher Stadtrates hatte wiederum einen der wichtigsten Punkte der Tagesordnung in die nichtöffentliche Sitzung verlegt.

dischen Staatstheaters in Karlsruhe dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden, nachdem die Stadt Karlsruhe über 400.000 D-Mark als Zuschuß aufrufen mußte.

Die CDU-SPD-Arbeitsgemeinschaft im Karlsruher Stadtparlament zeitigt für die Bevölkerung recht ungünstige Folgen.

Begegnet dem Versuch des Lohnabbau's

Schlosser- und Maschinenbauerhandwerk fordert 22,5 Prozent Lohnabbau — Kampfbereitschaft der Metallarbeiter nötig

Bei den Lohnverhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsbund (Industrieverband Metall) und dem Landesinnungsverband für das Schlosser- und Maschinenbauerhandwerk für Württemberg-Baden, machten die Vertreter der Innung den Vorschlag einer erheblichen Lohnsenkung.

Was hier zutage tritt, überrascht uns nicht. Es paßt in den Rahmen der gesamten Entwicklung in Westdeutschland.

„Fleiß und Leistung“ Zwei verpflichtende Worte. In einer Leistungsschau des Hauses für „Wiederaufbau und Wirtschaftswerbung auf dem Meßplatz in Heidelberg haben sie Einzug gehalten.

Es wird nichts so leicht geschenkt Auf Beschluß des Stadtrates in Heidelberg wird den Wohlfahrtsempfängern ein Vorschlag für den Kohlenempfang gewährt.

Professor Noack sprach in Heidelberg Der bekannte Leiter des „Nauheimer Kreises“ sprach im Universitätsgebäude über das Thema: „Neutralität Deutschlands?“

DM bekommen; ein gelernter Arbeiter im zweiten Jahr nach der Lehre mit einem bisherigen Stundenlohn von 1,25 DM soll in Zukunft nur noch — 90 DM erhalten; ein Hilfsarbeiter von 22 bis 23 Jahre soll anstatt 1,22 DM bisher, jetzt nur noch — 92 DM ausgezahlt bekommen.

Theater und Filme Studio 49: „Jedermann“ Von Hugo von Hofmannsthal Das mirakulöse Spiel vom Sterben des reichen Mannes, von katholischer Mystik überschattet, hob der Sohn der österreichischen Erde Hofmannsthal aus der Tiefe mittelalterlicher Glaubensbrunst und Weltabgeschlossenheit ins Licht der Moderne.

Es ist daher problematisch, dies Stück aufzuführen, das dem heutigen Menschen, der durch das verzehrende Feuer von zwei Kriegen ging, nichts mehr gibt als höchstens den durch starken Wehrauchdruck getriebenen ästhetischen Genuß einer kraftvollen dichterischen Diktion.

Querschnitt des Filmes Das Programm der Woche hatte sommerliche Querschnitt. Schon lange bombastisch angekündigt, lief der Camera-Film „Tromba“ im Alster und Capitol an.

Lebenshaltungskosten. In einer Erklärung des Industrieverbandes Metall wird dagegen festgestellt, daß von einer Senkung der Lebenshaltungskosten keine Rede sein kann.

Der Industrieverband Metall Mannheim ruft alle Arbeiter des Schlosser- und Maschinenbauerhandwerks zu einer Branchenversammlung am Donnerstag, den 14. Juli 1949 abends 19.30 Uhr im „Kleinen Rosengarten“ U 6, 19 (am Ring) auf.

Theater und Filme

durch die Kleidung des Jahres 1949 (Jedermann erscheint im Frack) und durch ein verjazztes Bankett „modernisiert“.

Ein Studio junger aktivistischer Künstler kann durchaus neben dem vergessenen Nationaltheater existieren, es darf nur nicht neugierig-süchtig an alten Werken herumexperimentieren, sondern muß zeitnahe Autoren bringen.

Das Programm der Woche hatte sommerliche Querschnitt. Schon lange bombastisch angekündigt, lief der Camera-Film „Tromba“ im Alster und Capitol an.

Die Kommunalrechtliche Vereinigung, der Tarifkontrahent der Gemeindearbeiter und -angestellten, hat wiederholt in Gehalts-, Lohn- und Urlaubsfragen sich in nichts von der Stellungnahme privater Unternehmerorganisationen unterschieden.

Das zwischen uns zu vereinbarende Minimalprogramm als Voraussetzung eines gemeinsamen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl wird erneut von uns das Bekenntnis zu einer demokratischen Selbstverwaltung verlangt.

Wir sind der Überzeugung, daß es möglich ist, zwischen uns und Euch zu einer Vereinbarung über die von uns angeführten Punkte zu kommen.

Wir ersuchen Euch, zu unseren Vorschlägen Stellung zu nehmen und bitten um Festlegung eines baldigen Termins zu einer Aussprache.

Kreisvorstand der KPD Mannheim gez.: Willy Grimm

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

So groß die Freude der Rentempfänger über die Erhöhung ihrer Renten ab 1. Juni war, so lang waren die Gesichter derjenigen, die jetzt merken mußten, daß sie zu eben dieser Rentenerhöhung finanziell herangezogen werden. Es sind dies nicht läuter Krösusse, denn alle, die sich freiwillig weiterversicherten, freiwillig höher versicherten, selbstversicherten, ferner alle Selbständigen und unabhängigen Beschäftigten, die ihre Beiträge selbst zahlen und die Invaliden- oder Angestelltenversicherungsmarken an den Postschaltern kaufen müssen, tragen die volle Beitragserhöhung in der Sozialversicherung allein.

Die höheren Beiträge bringen selbstverständlich im gegebenen Augenblick auch höhere Renten, aber bei vielen Selbstversicherten ist das Leben in der Gegenwart kaum zu erschwingen. Ich bin überzeugt, daß es vielen so geht wie mir: Ich muß auf meinen Vorsatz, mich am Bausparen zu beteiligen, verzichten, weil der dafür vorgesehene Betrag nun durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge aufgefressen wurde.

„Tromba“

„Tromba“, die große Attraktion des Zirkus Kronbeck, ist zugleich der böse Geist des Unternehmens. Sein magnetischer Blick zwingt Bestien und Menschen unter seinen Willen, bringt Frauenherzen in Verwirrung und Trapezkünstler zum Absturz.

Einen bestechenden Reifer brachte die Onda-Produktion in „Blockierte Signale“ heraus (Palast), der wäre nicht der obligate Mord passiert, ein schönes Stück Dokumentarfilm sein könnte vom Menschen der Nachkriegszeit und seiner schuldhaften Verstrickung.

Angriff auf die Mieten

Fritz Salm, M.D.L.

Der Angriff des Besitzbürgertums und seiner politischen Vertreter in Parlamenten und exekutiven Organen um die Erhöhung der Mieten ist seit längerer Zeit im Gange. Nachdem Prof. Dr. Erhards „statistische Erhebungen“ ergaben, daß im Arbeiterhaushalt durchschnittlich nur sieben Prozent des Einkommens für Mietzwecke aufgebracht werden müssen, steigert sich die Propaganda um die Zielsetzung der Mietpreiserhöhung Tag für Tag. Die Befürworter wissen dabei sehr wohl, daß Prof. Erhards „Statistik“ nicht stimmt, denn sie schreiben selbst davon, daß die arbeitende Bevölkerung 15 Prozent des Einkommens für das Wohnen ausgeben müsse und leiteten schon daraus die Rechtfertigung einer 20prozentigen Mieterhöhung her. Ergeben Prof. Erhards „Statistiken“ nunmehr gar nur sieben Prozent Mietaufwand für den Arbeiterhaushalt, um so besser, dann läßt sich nicht nur besser argumentieren, sondern auch ein erhebliches Mehr an Forderungen stellen.

So auch die Hauptversammlung des Verbandes Rheinischer Haus- und Grundbesitzer, die ebenfalls Prof. Erhards Statistik als Ausgangspunkt nahm. Der Referent, Dr. Schmidt-Hoepke, behauptete, daß früher 20 Prozent des Einkommens für Mieten Verwendung fanden, während es heute nur noch sieben Prozent seien. Die Lösung der Wohnraum- und Wohnungsbauforderung gestaltet sich für ihn sehr einfach. Die Haus- und Grundbesitzer müssen ein vollkommen neues Mietsystem erkämpfen: Der leistungsstarke Mieter soll eine höhere Miete bezahlen als bisher, der leistungschwache eine nicht weniger hohe, aber er erhält, wenn er wirklich bedürftig ist einen Mietzuschuß aus öffentlichen Mitteln. Wohlbermerkt nicht einen Zuschuß für Bunker-, Keller- und Barackenbewohner, wenn sie die Möglichkeit haben, eine menschenwürdige Wohnung zu bekommen, aber gezwungen sind in ihren Löchern zu bleiben, weil ihr Einkommen beim gegebenen Stand der Mietpreise schon in kraßem Widerspruch zu den Kosten menschenwürdigen Wohnens steht. Er ruft zum Kampf um die generelle Erhöhung der Mieten und wenn der Inhalt des Geldbeutels wirklich nicht ausreicht, um das Mehr bezahlen zu können, dann soll die öffentliche Hand die Steuererosion hinreichend um die höheren Einnahmen der Haus- und Grundbesitzer zu garantieren. Zur Belastung durch die höheren Mieten käme die zweite Belastung hinzu. Die Mehrausgaben der Gemeinden zum Mietausgleich müßten aufgebracht werden. Dr. Schmidt-Hoepke kennt den berechtigten Einwand gegen seine Pläne im Voraus, wenn er argumentiert: „Wenn gesagt wird, daß es das Realeinkommen nicht erlaube, die Mieten an die Kosten anzugleichen, so ergibt sich die Frage, ob das Realeinkommen des Vermieters keine Bedeutung hat.“ Die kapitalistische Entwicklung hat dahin geführt, daß auch weite Kreise des Bürgertums in schwerster Notlage leben und daß Haus- und Grundbesitz allein den Wohlstand nicht mehr garantiert. Das Realeinkommen des Mittelstandes aber dadurch heben wollen, daß man die ohnehin schon bis zum Äußersten hochgeschraubten Lebenskosten der breiten Massen weiterhin steigert, das heißt das Pferd am Schwanz anschreiben.

Die Argumentation Dr. Schmidt-Hoepkes steht nicht allein. Die „Wirtschaftszeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 2. April 1949 einen Artikel „Wohnungsbau ohne Subventionen“. Der Verfasser meint, daß eine Erhöhung der Mieten für Altmietwohnungen um 20 Prozent nicht ungerechtfertigt sei, da die Ausgebombten und Flüchtlinge für künftig zu erstellende Wohnungen ohne weiteres 20 bis 25 Prozent ihres Einkommens aufbringen müßten. Das Ei des Kolumbus zur Lösung des sozialen Problems ist gefunden: Die eine Elendsschicht sitzt tiefer im Dreck als die andere; sie sollen von nun an beide gleich tief sitzen, die erstere soll zur letzteren hinabsteigen. Das ist die Konsequenz der Argumentation der Schüler Prof. Dr. Erhards und ihres Willens. Gleich tief im Dreck sollen sie sitzen, alle die Schichten sozialer Verelendung zum Wohle derjenigen, die durch ihren Krieg die Schuld für all den Dreck tragen, und die im Westen Deutschlands ihre wirtschaftliche und politische Macht auf dem Rücken ihrer Opfer erneut restaurieren konnten.

Private Initiativen zum Bauen, ja, aber sie kann nicht sozialen Charakter haben, wenn sie auf Kosten der schaffenden Bevölkerung gefördert werden soll, wenn die Voraussetzung ihrer Wirksamkeit auf der Festsetzung der Neubaumieten auf der Basis des derzeit geltenden Bauindex beruhen soll, wie man bereits, wenn auch manchmal in noch so harmlos scheinenden seltenden Umschreibungen fordert. Der Index von 200 Prozent würde die Mieten bereits um 60 Prozent über den Stand vom Jahre 1936 hinaus in die Höhe treiben, die Mietpreiserhöhung aber zugleich wiederum die Klettertour des Bauindex beschleunigen — eine Spirale ohne Ende.

Das Realeinkommen der werktätigen Bevölkerung schwindet immer mehr infolge der klaffenden Schere zwischen Löhnen und Preisen und der um sich greifenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit; der Angriff auf die Mietpreise ist ein Angriff auf die ohnehin hohen Lebenshaltungskosten. Deshalb muß sich die Arbeiterklasse zur Wehr setzen gegen alle Versuche, auf direktem oder verschleierte Weg den Mietpreis zu erhöhen. Die Keller- und Bunkerbewohner brauchen menschenwürdige Wohnungen. Eine Erhöhung der Mieten für Altmietwohnungen oder gar Neuwohnungen kann ihnen ebenso wenig helfen, als den wohnungslosen Neubürgern, trotz aller frommeln Argumente Prof. Dr. Erhards und seiner Jünger, da deren Zielsetzung den Wohnraum zu einem Luxusobjekt macht, das sie sich nimmermehr leisten können. Die Mietpreiserhöhung bringt nicht die Lösung der Wohnungsnot, der Bauindex muß auf ein erträgliches Maß gesenkt werden. Die dem gesteigerten Einsatz auf dem Fuß folgende Baupreiserhöhung muß alle größeren Planungen illusorisch machen. Der einzige Ausweg aus dem Dilemma ist die Überwindung der kapitalistischen Speku-

„Ihr habt das richtige Wort getroffen: Volksdemokratische Diktatur“

Mao Tse-Tungs sozialistische Weltverbundenheit — Einer neuen helleren Zukunft Chinas entgegen — Mac Arthur gegen den Kommunismus schimpfend wie ein Feldweibel — Der fallen gelassene Tschiangkaischek

Mao Tse-Tung erklärte in einer Rede, daß, obwohl die Kommunisten gewillt seien, mit den Westmächten Handel zu treiben, es naiv sei anzunehmen, daß China britisch-amerikanische Hilfe unbedingt brauche. Die Absicht der Westmächte, China finanziell zu helfen, habe seine Ursache darin, daß diese glauben, damit selbst eigenen Schwierigkeiten entgegen zu können. Hauptziel der kommunistischen Partei Chinas sei es, Hilfe von der Sowjetunion, ihrer Verbündeten und der Arbeiter der ganzen Welt zu erhalten. Den Vorwürfen, die Kommunisten wollten in China eine Diktatur errichten, antwortete Mao Tse-Tung: „Geschätzte

Herren, Sie haben genau das richtige Wort getroffen. Wir sind genau so, wie Sie uns einschätzen. Das chinesische Volk, das Zeit genug hatte, Erfahrung zu sammeln, hat uns damit beauftragt, eine volksdemokratische Diktatur zu errichten. Das bedeutet nichts anderes, als die Reaktionen ihrer Rechte zu berauben und dem Volk zur Macht zur verhelfen.“

Die Witwe von Sun Yat-Sen, dem Begründer der chinesischen Republik, hat aus Anlaß des 28. Gründungstages der KP Chinas dieser eine Botschaft gesandt. Wir entnehmen ihr: „Wir haben das Joch des

Imperialismus und der Kolonialpolitik abgeschüttelt. Wir haben den Feudalismus entwürzelt. Das Volk geht einer neuen und helleren Zukunft entgegen.“

Mac Arthur, der USA-Gewaltige in Japan, hat am amerikanischen Unabhängigkeitstag eine wüste Beschimpfung gegen die kommunistische Bewegung vom Stapel gelassen. Diese sei nichts anderes als ein Instrument, mit dessen Hilfe kleine Minderheiten die Macht durch Betrug, Einschüchterung oder Hinterlist erlangen können. Der Kommunismus sei ein Blindmittel für Uebelthäter, korrupte Elemente und Narren. (UP). Daß Mac Arthur einen grenzenlosen

Haß gegen den Kommunismus hat, wollen wir nicht bestreiten. Daß seine Wut über die chinesischen Ereignisse, die Amerikas Traum von der Welt Herrschaft vernichteten, riesengroß ist und ihn rot sehen läßt, ist uns auch begrifflich. Daß der USA-Oberbefehlshaber schimpft wie ein Feldweibel, verdanken wir ihm nicht. Was er aber über die Kommunisten feststellt, hat er, wie alle Welt weiß, den USA-Schützlingen in China, Tschiangkaischek und seiner Kumpanei, abgesehen. Auf die von der USA ausgehaltene volksfeindliche Bande in China treffen seine Attribute zu. Wir wünschen, General Mac Arthur hat bei der Aufbruch seiner antikommunistischen Front in Japan den selben „realen Blick“, den er in seinem Urteil über die kommunistische Bewegung offenbart; wir können dann sicher annehmen, daß Mac Arthur in Japan so viel Glück haben wird, wie es die USA bisher mit ihrem Tschiangkaischek in China hatten.

Es könnte den Anschein haben, als existierte in der Frage der Blockadeverhandlung durch Tschiangkaischek gegen das neue China für die USA und England nur eine juristische Seite. Die verhängte Blockade sei rechtswidrig, sie könne nur gegen eine „kriegführende Partei“, nicht aber gegen „Aufständische“ angewendet werden. England will sein Recht, Handel zu führen, mit Waffengewalt durchsetzen; Acheson, der USA-Außenminister räumt den amerikanischen Staatsbürgern ein, wenn sie Verluste erleiden, die Regierung um Hilfe anzurufen.

Die westlichen Imperialisten verteidigen gegenüber ihrem Schützling Tschiangkaischek, den sie im Begriff sind fallen zu lassen, weil er ihnen nichts nützt, natürlich kein Recht des Rechtes wegen. Beide girren nach Aufnahme von Handelsbeziehungen, nachdem ihnen die Wirtschaftskrise unter den Nägeln brennt. Ihr Vassall Tschiangkaischek begriffet noch nicht, daß er über die Klinge springen muß, wenn die USA und England gezwungenermaßen aus Schwäche eine Verständigungspolitik mit Mao Tse-Tung suchen müssen. -ii-

Chinesische Volksarmee besser als alle Geschichten über sie

Ich hatte den Geschichten über die Disziplin der Roten Armee niemals Glauben geschenkt. Es gibt keine Armee in der Welt, die bei der Übernahme einer großen Stadt nicht etwas plündern, oder sich an einigen Frauen vergewaltigen wird. Diese chinesischen kommunistischen Soldaten waren aber besser, wie die Geschichten, die wir über sie gehört hatten. Die Zivilisten gaben sich besondere Mühe, freundlich mit ihnen zu sein, aber die Soldaten bestanden darauf, sogar für eine Zigarette oder einen Eimer Wasser zu zahlen. Sie waren todtüchtig und hatten zwei Tage lang nichts Richtiges gegessen, aber sie schloffen in Hausringen und auf dem Straßentrottoir und sie vergewaltigten sich, irgendwelche Lebensmittel außer ihren zugewiesenen Rationen anzunehmen. Der Gegensatz gegenüber der nationalstischen Armee war ungeheuer. Es waren beides chinesische Armeen, aber es schienen Jahrhunderte zwischen ihnen zu liegen. New Statesman and Nation

Oelkrieg auf Kosten Deutschlands

Der Oelkrieg zwischen den amerikanischen und englischen Gesellschaften Standard Oil of New Jersey (Rockefeller Trust) und der britisch-holländischen Shellgruppe (Deterding) hat neue Höhepunkte. Den Leuten von der Shell-Dutch-Company ist ein großer Einbruch in die bisherigen Absatzgebiete der Amerikaner gelungen. Diese spuckten natürlich Pech und Schwefel auf ihre alten Konkurrenten und sagen dabei für uns interessante Wahrheiten. Die „Allgemeine Zeitung“ berichtet darüber am 25. Mai 1949:

„In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß von verschiedenen Kreisen die von den Engländern jetzt durchgeführte Demontage der Hydrierwerke im Ruhrgebiet mit dem Wunsch Englands erklärt wird, sich den deutschen Markt in Zukunft zu sichern.“ Man sieht, ab und zu hackt eine Krähe doch nach dem Auge der anderen, wir müssen indessen für beide das Futter liefern. Hydrieranlagen und Bunkerwerke werden von ihnen verschluckt, während wir dafür Naturbenzin, Naturkautschuck, Freiheit der Persönlichkeit, „Humanität“ und „Demokratie“ geliefert bekommen.

Worauf wartet Professor Erhard noch?

Soll es noch länger bergab gehen und soll die Arbeitslosenziffer weiter ansteigen?

Die deutsche Wirtschaft wartet seit langem darauf, daß die Beschränkungen des Interzonenhandels und des Außenhandels wegfallen. Die Pariser Konferenz der Außenminister verlangte von den Verantwortlichen in der Wirtschaftsverwaltung, möglichst bald interzonale Handelsabkommen abzuschließen. Geschehen ist inzwischen nichts und die Unternehmer, deren Betriebe in ihrer Existenz bedroht sind, und die Arbeiter, denen Arbeitslosigkeit droht, stellen fest, daß noch nichts für sie getan wurde. Sie fragen: „Worauf wartet Herr Erhard noch?“

In der Ostzone wurden die Möglichkeiten, die für die deutsche Wirtschaft durch interzonale Zusammenarbeit gegeben sind, erkannt und die Herren Selbmann und O'Loopp kamen nach Frankfurt, um ein Abkommen zu tätigen. Herr Erhard aber hatte keine Zeit. Öffentlich wurde Herr Erhard von Herrn Selbmann dann eingeladen nach Berlin zu kommen um in mündlicher Aussprache die Möglichkeiten zu klären, die der deutschen Wirtschaft in allen Zonen helfen kann — aber Herr Erhard wartet noch immer. Er fuhr zwar nach Berlin, aber nur, um in den Westsektoren Wahrenden für die CDU zu halten.

In dem Bericht zur Lage der westdeutschen Wirtschaft will Erhard rosigen Optimismus erwecken. Man liest von einer günstigen Entwicklung und daß sich eine Erholung durchgesetzt habe und schließlich von „Ansätzen eines Tendenzumschwungs nach oben“ — aber die stetig steigende Zahl von Konkursen und die ständig wachsende Arbeitslosenziffer wurden dabei kühn übersehen. Mit derartig gefärbten Lageberichten kann man vielleicht die gutgläubigen Schäfchen der CDU an die Wahlurne bringen, aber niemand wird annehmen, daß damit die Katastrophe der westdeutschen Wirtschaft aufgehalten wird. Die deutsche Wirtschaft braucht ihre Vereinigung, aber die engstirnige, separatistisch-reaktionäre CDU-Politik soll Deutschland zugrunde richten. Mancher Betrieb kann vor der Stilllegung bewahrt und Zehntausende Angestellte und Arbeiter können ihr Brot finden und brauchen nicht arbeitslos sein oder noch werden, wenn schnellstens die Maßnahmen getroffen werden, die nötig sind, um den Interzonenhandel in Gang zu bringen. Herr Erhard weiß sicherlich ebensogut wie wir, wie sehr sich das Ausland bemüht, seinen Handel mit dem Osten wesentlich zu steigern. Viel Zeit ist schon nutzlos veran — worauf wartet Herr Erhard immer noch?

Offensichtlich aber steht Herr Erhard hinter seinem Abteilungsleiter für Interzonenhandel, Dr. Kaumann, der den Mut aufbrachte, „intern“ zu erklären, daß man den Zweijahresplan der Ostzone und die vorkommenden Betriebe durch ein Handelsabkommen mit der Ostzone nicht unterstützen solle. Wir haben nicht erfahren, daß Dr. Kaumann bisher zur Rechenschaft gezogen wurde. Herr Erhard ist Spitzenkandidat der CDU Württemberg-Baden und seine Hal-

Jugend im Stadion

Sportfest 1949 der Volksschulen Mannheim

Wenn frische Jugend in friedlichem Wettstreit auf dem Sportplatz die Kräfte mißt, wird das stets für Alt und Jung zum beglückenden Erlebnis. Die Volksschulen hatten zum ersten Male wieder nach dem Kriege zu einem Sportfest aufgerufen, in hellen Scharen waren die Mannheimer zum Stadion hinausgewandert, und füllten das sonnerüberglänzte ovale Rund dicht an dicht. Der hervorsteigende Zug an dieser Erstlingsveranstaltung der Mannheimer Volksschulen war die harmonische Heiterkeit und der echt sportliche Geist mit dem sich reibungslos das Programm abwickelte. Diese Jugend, in deren zartestes Alter der Bombenkrieg mit seinen Schrecken fiel, des Kindheitsglückes beraubt und zum Teil aus Ruinen und Bunkerlöchern kommend, zeigte in Sport und Spiel auf dem grünen Rasen wie auf der Aschenbahn eine ungehemmte und daher um ergreifendere Lebens- und Daseinsfreude, die nirgends die Disziplin durchbrach, sich aber in den Pausen in einer lärmenden Fröhlichkeit äußerte. Leibesübungen mit klingendem Spiel, der farbenbunte Reigen tanztroher Mädchen, Rundstafel der schlanken gebräunten Jungens mit erstaunlicher Laufer Technik, Gymnastik und jugendlicher Leichtathletik. Einen spannenden Kampf lieferten sich die Elf der Waldhofschule gegen die Mannschaft der Wilhelm-Wundt-Schule Neckarau, wobei die Waldhoffer zeigten, daß sie in den Fußstapfen ihrer Väter wandeln, und sie bewiesen dies durch vorbildliche Ballbehandlung und kombiniertes Zusammenspiel, ihr kleiner beweglicher Torwart war Klasse. Dies Sportfest war ein schönes Bild des heranwachsenden Geschlechtes der Werktätigen Mannheims, Eltern, Erzieher und Veranstalter dürfen stolz darauf sein. -m-

England in den Fesseln des Marshallplans

„Großbritannien befindet sich auf fünf wirtschaftlichen Frontabschnitten unter Druck, was wahrscheinlich schon in den nächsten 14 Tagen zu einer größeren Krise führen wird. Alle fünf Fronten stehen in direkter Beziehung zu den USA und es wird erwartet, daß akute Schwierigkeiten in den anglo-amerikanischen Beziehungen auftreten.“

Mit diesen nüchternen, nichts beschönigenden Worten beginnt unter dem Titel „Britannien innerhalb von zwei Wochen von einer größeren Krise bedroht“ ein Artikel in der „New York Herald Tribune“ vom 27. Juni 1949. Als die fünf „Frontabschnitte“ unter denen die britische Wirtschaft leidet, werden angeführt:

1. Die Abnahme der britischen Gold- und Dollarreserven, die einen so niedrigen Stand erreicht haben, daß bei ihrer Veröffentlichung in den ersten Julitagen „begrifflicherweise eine Panik ausbrechen könnte.“
2. Die schnelle Abnahme des Wertes der britischen Exporte nach den USA, die teilweise auf die amerikanische Depression auf die hohen britischen Preise, nicht zuletzt aber auf die ständigen, von USA-Kreisen selbst ausgestreuten Gerüchte zurückzuführen ist, daß das englische Pfund abgewertet wird.
3. Die Spekulation mit dem englischen Pfund, die zuerst von Washington und New York betrieben wurde, jetzt aber auch auf Brüssel und Paris übergegriffen hat, und die bereits dazu führte, daß viele amerikanische Käufer ihre Aufträge zurückstellten oder ihre Zahlungen verschoben, in der Hoffnung, daß sie bei einer Abwertung des Pfundes zu einem günstigeren Kurs bezahlen können.

4. Der Streit zwischen England einerseits und Belgien und den USA andererseits in der Frage der Regelung der inner-europäischen Zahlungen.
 5. Der starke Rückgang amerikanischer Käufe in den britischen Kolonien, die in den letzten Monaten so niedrig geworden sind, „daß viele hohe britische Beamte erregt und verärgert wurden.“
- Wie der Artikel zugeht, sind starke Strömungen in England vorhanden, diese katastrophale wirtschaftliche Lage durch eine drastische Kürzung der britischen Importe aus den USA zu überwinden. Dagegen wehrt sich jedoch der Wirtschaftsminister Sir Stafford Cripps im amerikanischen Auftrag mit Händen und Füßen. Er begründet dies damit, daß die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA gering sei und daß hauptsächlich Rohmaterialien aus den USA eingeführt würden. Wenn England diese nicht mehr beziehen würde, dann würde die Arbeitslosigkeit sehr stark ansteigen. Davon, daß England diese Rohmaterialien auch aus seinem eigenen Commonwealth und den südosteuropäischen Ländern bekommen könnte, ohne sich die unerträglichen harten Bedingungen der Wallstreet auferlegen lassen zu müssen, spricht Sir Stafford Cripps nicht.
- Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich England heute gegenüber sieht, beweisen eindeutig, in welche Schwierigkeiten ein Land gerät, wenn es sich mit Haut und Haaren dem Marshall-Plan verschrieben hat. Den einzig möglichen Ausweg zeigt der kommunistische „Daily Worker“, wenn er fordert, daß sich England der amerikanischen Herrschaft widersetzen und sich ihrer entledigen müsse.

Der sensationelle Aufstieg eines Profi

Ossy Rohr erzählt aus seinem Fußballerleben

2. Fortsetzung und Schluß

Begegnung mit dem Staatspräsidenten

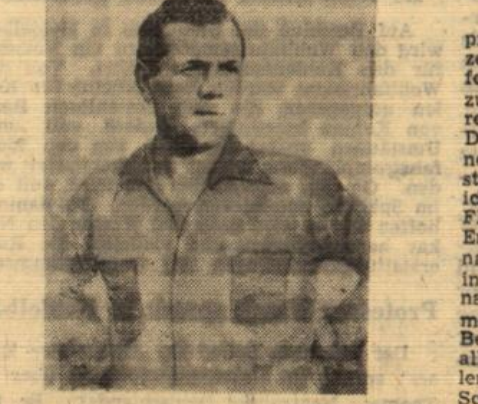
„Da war ich also am Ziel meiner Wünsche“, fuhr Rohr fort, „Mittelstürmer in einer geradezu klassischen Elf, in einer Profi-Elf, hatte ein schönes Gehalt, fashionable Wohnung, einen Wagen, das Leben schien eitel Sonnenschein. Im April 1935 debütierte ich bei den „Racing-Leuten“ als internationaler Professional gegen den „FC Antipes“. Schon in den ersten Spielminuten plirschte ich mich in elegantem Dribbling an das gegnerische Tor heran und knallte unhaltbar auf die Kiste, noch zwei rasante Treffer im weiteren Spielverlauf, und ich hatte mir die Herzen der sportbegierteren Franzosen gewonnen, der Jubel der Zuschauer wurde zur Ovation. Die deutsche Sportpresse tobte und leitete wiederum eine Hetzkampagne gegen mich ein, grundlos, denn ich war und blieb

Deutscher und lehnte hartnäckig alle Naturalisierungsangebote ab. Das heitere Naturell der Franzosen und das freie Leben in diesem gesegneten Land sagten mir außerordentlich zu, aber ich hatte auf einmal Sehnsucht nach dem heimischen Unterbrechung des ständigen eisernen Trainings und der Strapazen sportlicher Kämpfe. Zurückgekehrt, ging ich wieder mit Begeisterung aus Leder, 1935-1936 war ich der beste Torschütze Frankreichs. In Paris erhielt ich bei einem Spiel die Goldmedaille des Französischen Sportverbandes, ein hochgewachsener grauhaariger Herr mit der Rosette der Ehrenlegion im Knopfloch trat auf mich zu und drückte mir die Hand mit vielen schmeichelehaften Worten für mich — es war der damalige Staatspräsident Lebrun. Glücklicherweise diese für einen Sportler ungewöhnliche Ehrung stürzte ich mich kopfüber in die Kämpfe und verhalf in jenen Jahren dem Racing-Club zur Führung im Endspiel um die Französische Pokalmeisterschaft, wie ein wildgewordener Handwerker raste ich über den Platz und schloß das schönste Tor meines Lebens. — Nach dem Kampf durfte ich über den Spielverlauf eine Rundfunkreportage geben. Die Spalten der französischen Sportpresse widerhallten von meinem Lob. Aber nun platzte die weltgeschichtliche Bombe, die auch meiner Sonnenbahn ein jähes Ende setzte — der Krieg brach aus...“

Trip nach Afrika

„Einen kleinen Trip nach Nordafrika brachte mir der Krieg ein“, erzählte der blonde Ossy weiter, „erst in ein Internierungslager, wo ich eine Auswahlmannschaft von Fußballern zusammensetzte — alle ausländischen Fußballer waren nämlich in diesem Marsailer Lager konzentriert, lauter Spitzenspieler. Wir dampften ab nach Algier, dann ging es weiter nach

Oran und Tunis, in ständiger Begleitung eines französischen Sportoffiziers, ein famoser Bursche übrigens. Maurische Cafés mit Perlenvorhängen, vergitterte Fenster und dunkelbläuliche verschleierte Schönen dahinter, schlanke Minarete in tropischer Sonnenglut mit Gebete lernenden Muezzins, waren tiefe Eindrücke dieser Reise. Durch Frankreichs militärischen Zu-



sammenbruch flog meine Mannschaft auf, jeder versuchte auf eigene Faust unterzukommen. Ich landete im „FC Sète“ in der Stadt dieses Namens an der französisch-spanischen Grenze.

Die Achtgroßenjungen der Gestapo

Nach einem Spiel in Marseille traten zwei Herren auf mich zu und baten mich um eine Unterredung. Ich hielt sie für Sportfreunde und

bestellte sie nichts ahnend in eine bekannte Sportbar. Bei dieser Zusammenkunft ließen die Beiden die Mäsko fallen — es waren zwei Gestapoagenten, die mir eröffneten, daß ich von der deutschen Führung gesucht wurde wegen „Wehrhinterziehung“, daß ich 1939 nicht nach Deutschland zurückgekehrt sei. Ich dachte, mich laut der Affe, faßte mich aber sofort, und erwiderte kurz, daß ich nie eine entsprechende Aufforderung erhalten habe. Kihl lächelt er öffneten mir die zwei Gentlemen, daß sich meine Eltern und Geschwister als Geiseln im KZ befänden, wo sie „verschimmeln“ würden, wenn ich nicht so bald als möglich zurückkehrte. Ich war wie vor den Kopf geschlagen und erbat mir 24 Stunden Bedenkzeit.

Andern Tags wurden die zwei Heiden erpresserisch: Sie übergaben mir ein Paket Flugzettel in französischer Sprache mit dem Befehl, sie unter der französischen Bevölkerung zu verteilen. Falls ich den Befehl nicht ausführen würde, ginge es meinen Verwandten in Deutschland schlecht, bald würde die bisher noch freie Zone besetzt und ich dann am höchsten Galgen hängen. Mehr tot als lebendig sagte ich zu allem ja, warf aber in der Nacht die Flugzettel in die Kanalisation und faßte den Entschluß, zu fliehen. Ich fuhr am nächsten Tag Sète zum Training, kam zurück und nahm in der Sportbar einen Cocktail. Zwei Herren nahmen mich in die Mitte, brachten mich zu meiner Wohnung legitimierten sich dort als Beamte der Sureté, und forderten mich auf, alle Schubladen und Schränke zu öffnen. Stellen Sie sich mein Entsetzen vor, als ich im Schrank zwei Pakete Flugzettel desselben Inhalts fand, wie jene, die mir die Gestapohelden übergaben hatten! Ich dachte, ich werde wahnsinnig, selbstverständlich erfolgte sofort meine Verhaftung. Meine Betuerungen fanden kein Ohr, die Indizien waren erdrückend, ich kam vor das Kriegsgericht. Urteil: Zwei Jahre Gefängnis. Das war das dramatische Finale meiner Karriere, ein Handicap durch die niederträchtigen Methoden der Gestapo.

Franz Mohr.

Wieder der Scharfmacher Dr. Giebel

Die Firma Columbia Weinheim setzt ihren Feldzug gegen die aktiven Gewerkschaftler fort. Nachdem es dem Inhaber Dr. Giebel gelungen ist, den Meister Sch., der von 1947 bis 1948 Betriebsratsvorsitzender war, aus dem Betrieb hinauszubringen, hat er sich jetzt zwei neugewählte Betriebsräte aufs Korn genommen...

Wenn irgend jemand in diesem Betriebe überflüssig ist, dann ist es dieser Herr Dr. Giebel, das hat auch diese Arbeitsgerichtsinstanz wieder einmal klar gezeigt. Der Betriebsratsvorsitzende soll außerdem noch den Herrn Dr. Giebel beleidigt haben, weil er über eine unrichtige Darstellung eines bestimmten Vorganges im Betrieb gesagt hatte...

Und noch zweimal Dr. Giebel Die soziale Einstellung der Firma Columbia wurde in zwei weiteren Gerichtsverfahren vor dem Arbeitsgericht, die Bezahlung des 1. Mal und die Wirtschaftshilfe für Anstellungen betreffend, noch einmal strell bestraft. Geschäftsführer Klotzbach hatte in diesen beiden Fällen die Vertretung des Herrn Dr. Giebel übernommen.

Die Bezahlung des 1. Mal in der gesetzlich festgesetzten Höhe lehnen die Herrschaften ab, weil der Betrieb kurz arbeitet. Die Arbeiter sollen mit einem halben Tageslohn abgespeist werden. Die zwischen dem Industrieverband Metall und dem Unternehmen vereinbarte Wirtschaftshilfe in Höhe von 18.- bis 28.- Mark pro Monat will die Fa. Columbia auch nicht bezahlen, weil dies der Betrieb angeblich nicht tragen könne...

Der Hinweis des Arbeitsrichters, daß die Firma gesetzlich verpflichtet ist, einen vollen Tageslohn für den 1. Mal zu bezahlen und daß sie auch nicht um die Bezahlung der Wirtschaftshilfe herumkommen werde, fruchtete nichts...

Eine fragwürdige Firma Das Opfer eines höchst unsauberen Geschäftsgebahrens wurde ein Provisionsvertreter, der im Auftrage der Fa. Johann Regitz, Ingenieurbüro in Mannheim-Wallstadt, die Pfalz bereiste und dort Maschinen und Motore verkaufte. 10 Prozent der Verkaufssumme war als Provision vereinbart, dafür mußte der Reisende die entstehenden Unkosten seiner Tätigkeit selbst tragen...

Für den Provisionsvertreter hatte die eigenartige Geschäftsführung der Fa. Regitz zur Folge, daß er jetzt 1800 DM fällige Provision beim Arbeitsgericht Mannheim einklagen mußte. Der Inhaber der Firma, Herr Regitz, erschien weder zum Güteermin noch zur Kammerverhandlung des Arbeitsgerichtes...

drücken, so ungefähr kennzeichnete er das Verhalten des Ingenieurbüros Regitz und das vorliegende Beweismaterial gab ihm recht. Angesichts des klaren Tatbestandes fiel dem Gericht das Urteil nicht schwer, die verlangte Provision muß in der geforderten Höhe bezahlt werden.

Heidelberger Friedhofsorten

Der Heidelberger Stadtverwaltung machen nicht nur die Lebenden, sondern auch die Toten Sorgen. Der Heidelberger Bergfriedhof bietet nur noch für kurze Zeit in beschränktem Ausmaß Bestattungsmöglichkeiten. Darum sucht man in allen Stadtteilen nach der Möglichkeit einer Friedhofserneuerung. In Kirchheim sollten 9 bis 12 ha Ackerland dafür verwendet werden...

Nun hat man in der letzten Stadtratssitzung eine Kompromißlösung vorgeschlagen. Man will nur die Hälfte des vorgesehenen Ackerlandes für den Friedhof verwenden und den Bauern ein näherliegendes Ersatzgelände zur Verfügung stellen. Die Bauern und Pächter sind weiterhin stark beunruhigt und können sich mit dieser Lösung nicht einverstanden erklären...

Großartige Titelkämpfe der badischen Schweralthleten

Badens Schweralthleten ermittelten am Samstag und Sonntag in Mannheim anlässlich des 63jährigen Jubiläums des KSV 1884 Mannheim die neuen Landesmeister im Gewichtheben, Ringen, Raskraftsport, Rundsport, Ringen und Taueziehen. Über 400 Teilnehmer lieferten sich heißumstrittene Kämpfe, die sich zu einer eindrucksvollen Leistungsschau gestalteten...

Die neuen Landesmeister: Gewichtheben: Aktive (Olympischer Dreikampf): Fliegengewicht: Müller-Neulohdeim. Bantam: Greulich-Weinheim. Feder: Adelman-84 Mannheim. Leicht: Fischer-Weinheim. Mittel: Lang-Neckarau. Halbschwer: Böhrler-84 Mannheim. Schwer: Holz-müller-Weinheim.

Altersklassen: Von Bantam- bis Schwergewicht: Stephan-Obrigheim, Maier-84 Mannheim, Wirth-Karlsruhe, Hoffmann-84 Mannheim, Frosch-84 Mannheim. Klasse II: Harand-Neckarau, Schenk-Karlsruhe, Hammer-84 Mannheim, Merkle-84 Mannheim, Burkhardt-Weinheim, Schmitt-84 Mannheim.

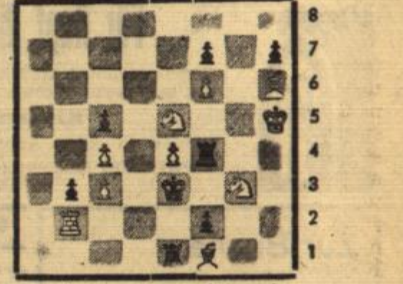
Raskraftsport: Aktive (Dreikampf, Hammerwerfen, Gewichtwerfen, Steinstoßen): Maas Franz-TV 46 Mannheim, Sieder, Gg.-Pforzheim, Kunzmann-Karlsruhe, Wolf-Karlsruhe. Altersklasse: Schenk-Karlsruhe, Friedrich-Ladenburg, Abele-Neckarau, Schmitt-Karlsruhe, Wiedmaier-Karlsruhe. Ringen: Altersklasse I und II: Köcher-Lampertheim, Weber-Ziegelhausen, Brunner-Feudenheim, Walter Albert-84 Mannheim, Hopf-Rohrbach, Redlich-Heidelberg, Schwäber-Kirchheim, Sauer-Ladenburg, Randsoll-Weinheim, Burkhardt-Weinheim, Spatz-Feudenheim.

Ringens Aktive (vom Fliegen- bis Schwergewicht): Maslak-Sandhofen, Manfred Spatz-Feudenheim, Weber-Sandhofen, Erich Spatz-Feudenheim, Müller-Sandhofen, Ignor-Sandhofen, Groß-Kirrlach, Dabrowski-Feudenheim. Rundgewichtriagen: Origheim, Die-delheim, Grözingen, Germania-Karlsruhe. Einzelsportler: Glaser-84 Mannheim, Schmitt-Viernheim.

Tauziehen: Schriesheim. Beste Gesamtleistung: KSV 84 Mannheim. Raskraftsportmannschaft: Germania-Karlsruhe (Wolf, Kunzmann, Schmitt, Schmitzer). In der Pfalz, da wachsen unsere Reben...

Koller mit gelben Aufschlägen und roten Hosen im Fasching durch die Straße marschierte, das ungefährliche Schießgewehr geschultert, ein Stück alten Mannheims, wie es einst war. Auch die im Dritten Reich verboten, nun wieder aufstanden unter dem nicht minder klingeligen Namen „Aurelia“, waren vertreten durch ein Doppelquartett. Singe, wem Gesang gegeben, und sie sangen von Liebesleid und Lust, von schönen Mädchen und dem Sorgenreicher Wein und wurden von der fröhlichen Runde ausgiebig beklatscht. Aite, routinierte Bühnenredner von anno dazumal kletterten auf die Bretter, die die Welt bedeuten, der Kohlepeter, Karl Ullrich, der fröhliche Otto, und sie erregten ihre anmierten Zuhörer mit zeitgemäßen Betrachtungen über Ehekrieg und Ohrenbeichte, den Vogel aber schuß Fritz Körner mit Ensemble ab mit einer herrlichen Parodie „Der Amtsschimmel im Stuttgarter Landwirtschaftsamt“, die man einem größeren Kreise zugänglich machen müßte, und seine Zungenkrobatik erregte schallendes Gelächter. Es mangelte überhaupt nicht an witzigen Seitenhieben auf die „Landeshauptstadt Stuttgart“, die anscheinend dem Mannheimer ein ewiger Dorn im Auge ist. Die heitere Runde der „Fröhlich Pfalz“, die ein geselliger Verein der Werktätigen ist, hat mit diesem Pfälzer Abend den Reigen ihrer Veranstaltungen eröffnet und wird im kommenden Karneval wieder in Erscheinung treten mit echtem Volkshumor und dem schlagenden Mannheimer Witz.

Schach Problem Nr. 20 L. Schaab, Pirmasens Urdruck



Matt in zwei Zügen Kontrollstellung: Weiß: Kh5, Td2 f4, Lf1 h6, Se5 g3, Bc3 c4 e4 f6 (10) Schwarz: Ke3, Tf4, Bb3 c5 f2 h7 f8 (8) Lösung zur Aufgabe Nr. 19: 1. Le8 (Zugzwang) Ke5, 2. Kd7 Kf6, 3. Sa4 Ke5, 4. Sxc3 Kf6, 5. Sd1 Ke5, 6. S2 Kf6, Sg4 ♚. Eine Zugaufgabe mit S-Manöver. Eine Bedingungsfrage. Sc5 setzt im 7. Zuge matt.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 10. Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 10. Tel. 432 80. - Vertrieb- und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. - Auflage: 20.700.

KARLSRUHE

Spielplan bad. Staatstheater Freitag, 8. Juli, 19.30 Uhr: Abschiedsvorstellung Hildegard Thies und Ernst August Waltz: „Die Försterchristi“, Operette von Jarne. Samstag, 9. Juli, 19.00 Uhr: Abschiedsvorstellung Werner Schupp: „Rigoletto“, Oper von Verdi. Sonntag, 10. Juli, 19.00 Uhr: Miete B u. freier Kassenverkauf: „Lohengrin“, Oper von Wagner.

Karlsruher Filmtheater zeigen: 19.00 19.30 19.00 19.00 21.00 Uhr „Die Zaubergeige“ mit Will Quadflieg, Gisela Uhlen, Eugen Klöpfer. Ein besonderes musikalisches Erlebnis. Herbert Hom, Phyllis Dixey, Terence de Marney in „Zirkus Barney“ Spannung, Sensation, Tiere - Menschen. Tägl. 13.00 15.00, 17.00, 19.00, 21.00, Sa. auch 23 Uhr.

Amerikanische Pyramidal-Haus-Zelte eingetroffen Grundfläche 3x3 qm, Höhe 5 m, geeignet für Jugendverbände, ambulantes Gewerbe. Verarbeitung zu Planen für Kraftfahrzeuge möglich. Ein Zelt ist zur Beschichtigung aufgestellt in der Rheinbrückenstr. Nr. 16, Karlsruhe-Knielingen. WALTER NOPPER Textilwarenhandlung STEGWAREN-VERKAUF Karlsruhe-Knielingen, Rheinbrückenstraße 16

Kaufen Sie gebrauchte Möbel nur im bekannten Fachgeschäft Karl Kastner Karlsruhe, Douglasstraße 26 (Hauptpost)

Achtung, der neue Kinder-Sportwagen für Jedermann nur DM 37,50. Karl Witzemann, Adlerstraße 28, Tel. 6935

Stoffe Damenstoffe, Herrenstoffe Seidenstoffe, Baumwollwaren empfiehlt in großer Auswahl Wilhelm Braunagel jetzt: Herrenstraße 23 Eingang um die Ecke

Stets billige Preise! Wäsche Bekleidung Stoffe aller Art Berufskleidung Es lohnt sich... zu Holzschuh Am Werderplatz

Auch Sie müssen heute mit jedem Pfennig rechnen! Kleider... ab 4.- DM Anzüge... ab 20.- DM Hosen... ab 7.- DM Sommermäntel 6.50 DM Damenschuhe ab 2.- DM Herrenschuhe ab 4.- DM Stiefel... ab 5.- DM Kinderschuhe ab 1.- DM Hemden, Bettwäsche, Leinwand, Sack, Kinderkleider, Arbeitskleidung und vieles andere beim Weststadt An-u. Verkauf Ullandstr. 15 pt. Haltestelle Yorkstr.

Neuanfertigung: Zuschneiden und Annahme sämtl. Damen- und Kinder-Bekleidung von DM 1.- an FRIEDEL HABICH Karlsruhe, Buntstraße 11 Haltestelle Gottesauerplatz

SPEISE-EIS-Wiederverkäufer werden noch angenommen 1a Qualität Erfrischungsraum Markthalle Telefon Nr. 91 42

Für Ferien und Reise preiswerte Angebote für die ganze Familie Damen-Popeline-Mäntel DM 29,50, 45.-, 75.-, 95.- Sommerkleider in größter Auswahl DM 24,50, 35.-, 58.-, 75.- Hemdblusen in weiß und Pastellfarben DM 9,75, 14,50, 19,50, 28.- Herren-Popeline-Mäntel DM 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 11.- Sport- und Straßen-Anzüge DM 75.-, 95.-, 115.-, 138.- Leinen- und Sport-Sakkos DM 24,50, 35.-, 39,80, 42.- Flanell-Hosen in allen Größen DM 29,50, 39.-, 65.-, 85.- Echte Lederhosen und Jacken für Groß u. Klein, in allen Preislagen Trachten-Hosensträger, Polohemden, Sporthemden, Pullover für Damen u. Herren, Bade-Anzüge, Badehosen Man geht zu Schöpf SEIT 50 JAHREN KARLSRUHE Noch Riefstahstr. 10 - Bald wieder am Marktplatz

MOBEL FRIEDEL KARLSRUHE Küchen 190.- Schlafzimmer 625.-

Kleintransporte erledigt zuverlässig und schnell J. ROTH Steinstraße 29, Telefon 7078

Aus zum Wochenende Damen- u. Mädchen-Sommer-Kleider 19.75 wegen Aufgabe des Artikels Wollenschläger Douglasstraße 5

Wagen-Pflege-Schnell-Dienst Waschen: DM 3.50 - Abschmieren DM 1.80 - Sprühen DM 1.50 Schnelle Beseitigung kleiner Schäden und Mängel an Karosserie und Motor. Abschleppen ESSO-TANKSTELLE Reparatur Hans Eberhardt GmbH, Haus i. Kraftfahrzeuge Soltenstraße 135 Telefon 1152

Import-Stoffe 100% Wolle in modischen Farben für Kleider, Kostüme und Mäntel eingetroffen. Beachten Sie unsere große Auswahl in Sommerkleider-Stoffen zu bekannt niedrigen Preisen. SCHWARZ & SCHNEIDER Teppiche - Gardinen - Textilien Karlsruhe - Ecke Amalienstraße Filiale: Hagfeld, Karlsruher Straße 37

Modehaus „Frohoka“ AM WERDERPLATZ

Zr. Zi. Stoffreste für Anzüge, Hosen und Mäntel

Farben Lacke Pinsel alle Unschälerver-tügelungsmittel für den Garten Putzmittel, Bese-n Bürsten preiswert in der Drogerie Roth Herrenstraße 26/28

Formvollendung ohne Zwang - u. ohne Not Wohlgeföhliches bürstet Thalsysia-Formenflüge, für jedes Alter, jeden Zustand der Figur, Fachberatung unverbindlich, Druck-schriftkostenlos. THALYSIA Alleinvertretung: Reformhaus Alpina, Karlsruhe Adlerstr. 36. Haltestelle Kriegstr.

Marken-Rundfunkgeräte bequeme Teilzahlung - moderne Reparatur-Werkstätte RADIO-GILGIN KARLSRUHE Bürgerstr. 11 (b. Ludwigsplatz)

HOLZHANDLUNG WILLY SCHWEINFURTH HOBELWERK Empfohlen als Spezialität: Nat- und Federfußböden, Spaltbretter Grötzingen Straße 20 DURLACH Telefon 91363 sowie sämtliche Schnittbölder erstklassig u. trocken. Lohnbearbeitung; in Fußböden, Lambries usw.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 9. Juli bis 13. Juli 1949

Samstag, 9. Juli, vormittags, ohne Kartenverkauf, für Schüler höherer Lehranstalten: „Wilhelm Tell“, Schauspiel von Friedrich von Schiller. Anfang 10 Uhr, Ende etwa 12.45 Uhr.

Samstag, 9. Juli, abends, freier Verkauf: „Was ihn wollt“, Lustspiel von W. Shakespeare. Anfang 19.30 Uhr, Ende 22 Uhr.

Sonntag, 10. Juli, nachmittags, freier Verkauf: „Was ihr wollt“, Lustspiel von W. Shakespeare. Anfang 15 Uhr, Ende 17.30 Uhr.

Sonntag, 10. Juli, abends, freier Verkauf: „Was ihr wollt“, Lustspiel von W. Shakespeare. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 11. Juli, vormittags, ohne Kartenverkauf, für Schüler der Volksschulen Ludwigshafen: „Wilhelm Tell“, Schauspiel von Friedrich v. Schiller. Anfang 10.00 Uhr, Ende etwa 12.45 Uhr.

Montag, 11. Juli, abends, ohne Kartenverkauf, für Schüler höherer Lehranstalten: „Carmen“, Oper von Georges Bizet. Anfang 17 Uhr, Ende etwa 20.15 Uhr.

Dienstag, 12. Juli, freier Verkauf, zum letzten Male: „Im weißen Rößl“, Operette v. Ralph Benatzky. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Mittwoch, 13. Juli, vormittags, ohne Kartenverkauf. Letzte Vorstellung der Spielzeit 1948/49. Für Schüler der Gewerbeschulen: „Faust“. Der Tragödie I. Teil von Joh. Wolfg. v. Goethe. Anfang 10 Uhr, Ende etwa 13.45 Uhr.

Schwetzingen

Samstag, 9. Juli } In neuer Inszenierung: „Die Entführung aus
Sonntag, 10. Juli } dem Serail“, Singspiel von W. A. Mozart. An-
Mittwoch, 13. Juli } fang 18 Uhr, Ende etwa 20.30 Uhr.

Freier Verkauf. Eintrittspreise 5,-, 8,-, 10,- DM. Inhaber von Platz-
mieten erhalten auf sämtliche Vorstellungen in Schwetzingen 25% Er-
mäßigung. Fahrtgelegenheit zum Besuch der Schwetzingen Festspiele
am 9., 10. und 13. Juli 1949 mit Omnibussen ab Wasserturm 16.30 Uhr.
Rückfahrt 21 Uhr.

Film von Heute VORANZEIGE ab Freitag

ALSTER LICHTSPIELE
D-3-6-TEL 44647

„TROMBA“
Der sensationelle Zirkusfilm
Beginn: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30

„Der Idiot“
Nach dem berühmten Roman
von Dostojewski
Beginn: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30

Capitol
AM MESSPLATZ TEL. 51196

Rene Deltgen
Angelika Hauff - Gardy Granaß
„TROMBA“
Beginn: tägl. 14.00, 16.30, 19.00
und 21.00 Uhr

Deanna Durbin, Franchot Tone
Die Stubenfee
Reizende Schlager!
Zündende Musik und Humor!

PALAST
BREITESTRASSE 116

Donnerstag letzter Tag!
Heidi Kürschner, Heinz Engel-
mann in
„BLOCKIERTE SIGNALE“
10.15 11.45 13.45 15.45 17.45 20.00

Freitag bis Montag
GUSTAV FRÖHLICH
„Sag die Wahrheit“
Dienstag bis Donnerstag
„Der Hofrat Geiger“
Beginn: 10.15, 12.00, 14.00, 16.00,
18.00, 20.00 Uhr

Fahrradhaus Schreiber führt nur Markenräder
großes Lager an Gummi und Ersatzteilen
Neckarau, Maxstraße 43 - Tel.: 48432

PALAST THEATER
BREITESTRASSE 116
Freitag bis Sonntag 22.20 U.
Spätvorstellung
Der lustige Film
„Romantische Brautfahrt“
mit
Paul Hörbiger, Marie Hell,
Wolf Albach-Retty u. viele and.
Telephon 446 35

HEKA Hardglanzwachs
die altbewährte-
gute Feinputzwax
1/2 Kg. DOSE nur 1.50
1/4 Kg. DOSE nur 0.95

Für
heiß
Tage

sind kniefreie
HOSEN ideal

Lelenshorts . 21,30, 16,25, 11,75
Lederhosen . 36,90, 33,60, 25,90
Flanellhosen . 42,-, 36,-, 31,-
Leine-Joppen 22,50, 19,-, 13,-
Leine-Sakkos . 49,-, 38,-, 26,-
Sport-Sakkos . 89,-, 75,-, 55,-

Hr. Rindow
Seit 1871
Bergdolt
Mannheim H 1, 5, Breite Str.

Elektro-Lösch
Mannheim, D 4, 17. Tel. 51747

Licht Kraft Radio

Neuinstallation elektr. Licht-,
Kraft- und Radioanlagen. Re-
paraturen, Verkauf von Be-
leuchtungskörpern und elektr.
Haushaltsartikel

Günstiges Angebot!

Behelfslieferwagen Hansa-Lloyd
generell überholt, Baujahr 1938
für DM 2500,- abzugeben.
zu erfragen beim Verlag, S 3, 10

„Alte Volksfürsorge“
Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche
Lebensversicherungsaktiengesellschaft

Geschäftsstelle Mannheim, K 1, 16
Geschäftsstelle Karlsruhe, Ettlinger Straße 5a
Geschäftsstelle Pforzheim, Friedrich-Ebert-Straße 32
Geschäftsstelle Heidelberg, Riedstraße 2

Neueröffnung
am alten Platz.

Bis zur endgültigen Fertigstellung unseres Bauvorhabens
haben wir im Untergeschoß unseres Grundstücks in
T 3, 22
moderne Werkstatt- und Verkaufsräume geschaffen

Sie erhalten bei uns:

Maßanfertigungen
Leibbinden - Umstandsgürtel
Hüftgürtel f. Damen u. Herren
Fußeinlagen - Bruchbänder
Moderne Prothesen n. Angaben
erster ärztlicher Autoritäten

Sofort ab Lager:
Gummistrümpfe und -Gürtel
Zweizugstrümpfe und -Gürtel
wieder lieferbar!

Chirurgische Instrumente
Mikroskope - Höhenmessern
Krankenpflege- u. Säuglingsart.
Gummiwaren - Verbandstoffe
Arztmöbel und Einrichtungen
Krankenhausbedarf

Verleih von
Heißluftkästen - Babywaagen
Solluxlampen - Bronchitiskegel
u. v. a. m.

FRITZ DRÖLL & CO. **NUR T 3, 22**
Mannheim Fernruf 42835

Herren - Polo - Hemden
mit kurzem Arm
in dem beliebten, dankbaren Panama-Gewebe
Größe 37 bis 43 in grau, beige und bleu

Stück nur 11.90

Handelshof RIEDER
O 4, 8-9 und Seckenheimer Straße 11

in **10** Minuten

Alle Marmeladen mit Opekta

Rezeptbuch senden wir gerne kostenlos
Opekta nur in Original-Flaschen
niemals lose

Für Kopf, Herz, Magen, Nerven!

Gegen vielerlei Gesundheitsstörungen des Alltags ist
das seit Generationen bewährte Hausmittel
Klosterfrau-Melissengeist
wieder in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.
Klosterfrau, Melissengeist-, Schnupfpulver- und Puder-
fabrik, Köln a. Rhein

Zur Bowle
gute Weine
Liter von 2⁴⁰ an

Apfelsaft naturrein unvergoren Ltr. 120

Ansetzbranntwein 40%
zum Selbstherstellen
von Schnäpse. Ltr. 8⁰⁰

Wein-Pfeiffer
G 3, 9 (Nähe Marktplatz)
Schwetzingen Straße 27
Seckenheimer Straße 110
Rheinau - Stengelhofstraße 4

Sonder-Angebot!
Chemnitz Damenstrümpfe
DM. 6.25; 5.90; 4.95; 3.75; 2.98

Grümm
Das Textilhaus im Norden Mannheims
Mannheim-Luzenberg
Ecke Spiegel- u. Glasstr.

STUCK
Mannheim G 15

Reparatur
von Nähmaschinen jeden Fabrikats
auch Industrie- u. Spezialmaschinen

GEWERKSCHAFTEN

Oeffentliche Branchen-Versammlung
für alle Mannheimer Arbeitneh-
mer der Mechaniker-Werkstätten
am Montag, 11. Juli 1949, abends
19.30 Uhr, im Eichbaum-Stamm-
haus (Schwaderer), Mannheim,
P 5, 9, Industrieverband Metall,
Ortsverwaltung Mannheim.

STELLENANGEBOTE

Vertreter für Farben und chem.
Erzeugnisse gesucht. - Angebote an
Friedrich, Farben u. Lacke, Wies-
baden, Scharnhorststraße 19.

VERKAUF

2 Eichenbettstellen, 1 Bettrost, ein
Sofa zus. für DM 50,- zu verkf.
Schilling, Lameystraße 9.

Einrichtungen auf Teilzahlung

	Preis	Anz.	mtl.
	ab	ab	ab
Schlafzimmer	650,-	220,-	45,-
Küchen	250,-	90,-	30,-
Wohnzimmer	590,-	200,-	40,-
Couches	180,-	70,-	20,-
Küchenherde	185,-	93,-	22,-
Waschmasch.	155,-	78,-	20,-
Badeeinrichtg.	303,-	101,-	35,-
Fahrräder	135,-	70,-	20,-
Nähmaschinen	295,-	190,-	45,-
Radio	188,-	43,-	17,-
Kameras	67,-	35,-	16,-
Herrenanzüge	89,-	45,-	22,-
Kostüme	81,-	45,-	22,-

(sofortige Lieferung)

durch Wohnungsvermittlg. Schäfer,
Mannheim, U 4, 14, gegründet 1932.

HEIRAT

Heiratsuchende! Auskunft kosten-
los. Vermittlung Leuther, Bonn,
Kölnerstraße 74-75.

Kayser-
Fahrräder und Nähmaschinen
Expres- und Adler - Räder
sind die beliebten Fabrikate

Friedrich Penn
Waldhofstraße 20

Seit 1861

Reisig

Seifenfärbige
Tafelfärbige

Fr. Keißig, Heidelberg

Ein Augenglas
zur rechten Zeit
erhöht die Lebensfreudigkeit

Zimmer
Uhren-Optik am Tattersall
Kassenleiterant

Billige billige billige
Matratzen
42,- 54,- 68,- 76,-
Chaiselongue
75,- 85,- 95,- 105,-
H. Baumann & Co.
Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

Wolle? Ja, Wolle von SCHÄFER!

Ein Begriff und Stadtgespräch von Mannheim!

In allen Farben vorrätig

Willy Schäfer
DAMEN- UND HERREN-MODEN
PLANCKEN - P2 - PARADEPLATZ

Radlobastler!
Jetzt lohnt sich's mehr denn je! - Mehrere Tonnen
STEG-RADIO-TEILE
und Geräte sind eingetroffen. - Einmalige Gelegenheit!
Die Bastler-Étage **RADIO DAHMS K 1, 1**

SELTENE GELEGENHEIT!
Sommerkleider

Baumwolldrucks	DM 9.75
Tupfenkleider blau-weiß	DM 29.75
Entzückende Matkreppdrucks	DM 39.75
Elegante Frauenkleider	DM 59.-

FISCHER - RIEGEL
das Spezialhaus mit der großen Auswahl
MANNHEIM D 3, 15 (Seitenstraße zwischen D 3 und D 4)

WEINHEIM

Motorräder Triumph und Rixe
Fahrräder von der einfachsten bis zur feinsten
Luxus-Ausführung
in großer Auswahl
sämtliche Zubehörteile, Reparaturen rasch und preiswert

Fritz Dell WEINHEIM, an der Dürrerschule

Was modisch wirkt
zeigt Bauer zuerst

Offenbacher Lederwaren

Willi Friedr. Bauer
Weinheim, Bahnhofstraße 1

Preisrätsel
Jedem sein Bett

Dijengen, die sich niederlassen wollen,
sollen bei ihrem Zuzuh unghindert sei
und wie Mitlürger ausgestatet werden.

Staatlich genehmigt

Der obige Text weist Schreibfehler auf, die richtigzustellen sind. Die zur Richtig-
stellung verwendeten Buchstaben ergeben ein Wort, das dem Sinn der Hilfsaktion
entspricht.

Für die richtige Lösung sind folgende Preise ausgesetzt:

1. Preis DM 10.000 in bar
2. Preis DM 5.000 in bar
3. Preis DM 3.000 in bar
4. Preis DM 2.000 in bar

und 200 Betten (Bettgestelle mit Matratzen) in guter Qualität

Bedingungen:
Die Lösung ist unter Beifügung von DM 1,-, in Worten DM eine, keine Briefmarken,
mit genauen Absender einzusenden an:
Flüchtlingshilfe e. V. - Preisausschreiben - Karlsruhe I. B., Weberstraße 8
Die unter dieser Adresse eingehenden Lösungen und Gelder werden von einem
Rechtsanwalt in Empfang genommen und überprüft. Die ausgesetzten Preise ent-
sprechen einer Beteiligung von 250 000 Einsendungen und werden demzufolge erhöht
oder verringert. Sind mehr richtige Lösungen als Preise vorhanden, so entscheidet
das Los unter notarieller Aufsicht unter Ausschluß des Rechtsweges. Die Gewinner
werden benachrichtigt. - Letzter Einsendetermin 18. Juli 1949. - Der
Reingewinn wird zur Anschaffung von Betten für Flüchtlinge, Bombengeschädigte
und Minderbemittelte verwendet.